

# Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 286 · 24. JAHRGANG · AUSGABE 11/2018 VOM 13. NOVEMBER 2018 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

4 | Eine vertane  
Chance

Sanierung der Dachpappenfabrik

7 | Nichtteilnehmende  
Teilnahme

Anhörung zur 380kV-Freileitung

12/13

Rätenschaft  
in Eberswalde

Novemberrevolution 1918 (Teil 2)

## Laubwald soll Einfamilienhäusern weichen

Änderung des Flächennutzungsplans schafft Platz für neun Einfamilienhäuser

Das Bauland ist knapp, während der Bedarf an Flächen für Einfamilienhäuser steigt. Das wird seit Jahren propagiert – trotz des zugleich betriebenen Wohnungsabrisses – und fast alle glauben inzwischen daran. Für das Stadtentwicklungsamt ist das eine ständige Herausforderung, an der auch ständig gearbeitet wird.

Am 6. November lag die »1. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Eberswalde. Vorbereitung des Abwägungsergebnisses für die Teilfläche B« auf der Tagesordnung des städtischen Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt (ABPU). Dahinter verbirgt sich der Plan, zur »Abrundung« des Wohngebietes Südend eine etwa 6.000 Quadratmeter große Waldfläche zwischen dem bestehenden Wohngebiet und dem Landesbehördenzentrum in eine Baufläche umzuwidmen.

Hier könnten 9 Bauparzellen angeboten werden und so die »Abwanderung Bauwilliger in andere Gemeinden« verhindert werden, wirbt das Stadtentwicklungsamt. Der Arbeitskreis Wohnbauflächen habe das befürwortet. Durch neun zusätzliche Eigenheime würde auch die »vorhandene Infrastruktur (Straßen)« besser ausgenutzt (sic!). Ohnehin sei »diese Restwaldfläche« durch vorhandene Straßen vom übrigen Wald »abgegrenzt«. Das Stadtentwicklungsamt weist allerdings auf die Verhältnismäßigkeit hin, wenn für 9 Häuser eine Waldinsel im Wohngebiet geopfert wird.

Dabei handelt es sich um »weitgehend vitalen Buchenbestand mit flächiger Buchenmaturverjüngung«, wie die untere Forstbehörde im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung mitgeteilt hatte. Das Amt rechnet zudem im Rahmen des Verfahrens mit Einwendungen von Anwohnern.

Selbige gibt es bereits. Mit einem »Brandbrief« meldete sich ein unmittelbarer Anwohner zu Wort, der vor neun Jahren extra deswegen dort gebaut hatte, weil er das Grün des Waldes vor seinen Fenstern haben wollte. Mit scharfen Worten kritisiert er die geplante Vernichtung des Waldstücks. Die zugehörige Begründung sei »in einem Amtsdeutsch« verfaßt, »so daß möglichst wenig Bürger Klarheit bekommen, was hier eigentlich Sache ist«. Zudem habe es ihm große Mühe gekostet, diese Begründung überhaupt zu finden. Obwohl die »Abrundung« schon Anfang 2017 im Arbeitskreis Wohnbauflächen diskutiert wurde, erfuhr er erst durch die Bekanntmachung der Flächenplan-Änderung im Amtsblatt 8/2018 von dem Vorhaben. Auch das sei »eine Methode, sich die öffentliche Meinung vom Hals zu halten«.

Der Autor des »Brandbriefes« stellt einen gestiegenen Bedarf an Bauland nicht in Frage, sieht aber, »daß es auf Grund einer völlig verfehlten Miet- und Wohnungspolitik dazu gekommen ist, daß Mieter aus den Wohnungen getrieben werden, weil sie die horrenden Mieten und teilweise manipulierten und viel zu hohen Betriebskosten nicht mehr bezahlen wollen. Mietwucher gibt es nicht nur in den sogenannten Ballungsgebieten, sondern auch in Eberswalde. Ich mache Sie dafür mitverantwortlich, nichts dagegen zu unternehmen!«

Für ihn sei nicht nachvollziehbar, wieso Biotope und Waldflächen gerodet werden sollen, obwohl es gerade in Eberswalde viele ungenutzte freie Flächen gibt. »Die Erschließung der Barnimhöhe an der Bernauer Heerstraße betrachte ich deshalb als ein Musterbeispiel von Dummheit und Unvernunft, wobei ich den Verdacht habe, daß bestimmte Interessengemein-



Foto: GERD MARKMANN

Das Wohngebiet »Barnimhöhe«, entsteht auf dem Gelände des einstigen Hauses der Offiziere. Naturschützer hatten gefordert, das dort aufgewachsene Gehölz in Wald umzuwidmen. Damals hatte eine Mehrheit der Stadtverordneten für die Erschließung als Einfamilienhausstandort gestimmt.

schaften das Vorrecht für dieses Waldstück 'erkauft' haben. Auf dieser Fläche hätte man sinnvollerweise ein kleines Erholungsgebiet erschließen können.« Der Kritiker machte auch eine Reihe von Alternativvorschlägen. Vor allem im Brandenburgischen Viertel sieht er viel Potential, daneben in Finow zwischen Angermünder und Walzwerkstraße sowie an der Eberswalder Straße im Bereich der Wohnheimruinen. Auch das ehemalige NVA-Gelände an der Rudolf-Breitscheid-Straße, die Flächen in der Innenstadt zwischen Bollwerk- und Kreuzstraße sowie die Grundstücke an der B167 zwischen Eberswalde und Sommerfelde könnten nach seiner Auffassung als Wohnstandorte erschlossen werden.

Ähnlich argumentiert die Leiterin der Oberförsterei Eberswalde Constanze Simon. »Die untere Forstbehörde beugt sich dem kommunalen Planungswillen«, schreibt sie. Laut Baugesetzbuch soll aber mit Grund und Boden sparsam umgegangen werden. Waldflächen gehörten zu den sensiblen Bereichen, wo der »Vermeidungsgrundsatz« gelte, »d.h. es muß nachgewiesen werden, daß das geplante Vorhaben auf anderen Nichtwaldflächen nicht umsetzbar ist«. Der »Brandbrief«-Schreiber hat eine ganze Reihe von Alternativflächen genannt.

Ob die Rodung des Waldstücks tatsächlich »kommunaler Planungswille« ist, sollen nunmehr die Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung diskutieren. Das Stadtentwicklungsamt verweist darauf, daß die Stadt Eigentümerin der Fläche ist und somit »Entwicklung und Vermarktung der Fläche selbst steuern« kann.

Die Fraktionen werden nun gewiß – nicht zuletzt, weil bald Kommunalwahlen sind – ihre Augen und Ohren für die Wortmeldungen der Einwohnerinnen und Einwohner öffnen.

GERD MARKMANN

## Achtung Ferien!

Nachdem ich bei Kaufland meinen Rewe-Beutel mit den Einkäufen bepackt hatte, gönnte ich mir bei Märkisch Edel eine Tasse Kaffee mit Mohn-Käse-Kuchen. Der Bienenstich war leider nicht gefüllt. Kaum hatte ich mühsam die Milchküchlein aufbekommen und den ersten Schluck Kaffee genossen, setzte sich ein etwa Zwölfjähriger mit fragendem Blick an den Nachbartisch. »Setz Dich ruhig!« gab ich ihm zu verstehen. Er hatte eine Tüte mit zwei Croissants vom Brotstand des Supermarkts, die er gierig verspeiste. Ich vergnügte mich mit dem Kuchen und dem Kaffee. Plötzlich wechselte er den Platz und setzt sich mir gegenüber.

»Na? haste Ferien, wa?« lockerte ich die Situation etwas auf. »Hast Du auch Ferien?« entgegnete er die Frage. Ich hätte keine Ferien mehr, gab ich zur Antwort, aber auch keine Arbeit mehr. Ich schätzte ihn auf 5. Klasse. Er meinte: »Siebente! In Finow, aufs Gymnasium.« »Gehst Du auch zur Schule?« wollte er von mir wissen. »Nein, ich geh nicht mehr zur Schule. Das ist lange her. Ich war mal auf der Westend-Schule, dann auf der Bruno-H.-Bürgel, dann in der EOS und dann bei der Armee.« »Kann man bei der Armee Geld verdienen?« fragte er neugierig. »Nein, damals nicht. Als wehrpflichtiger Soldat sowieso nicht. Aber heute kannst Du Geld verdienen, wenn Du Berufssoldat wirst! Willst Du später zur Bundeswehr?« Er schüttelte den Kopf. »Was machst Du denn als Hobby oder Sport?« fragte ich ihn etwas aus. »Judo!« Er hätte einen gelb-orangen Gürtel. Ob das gut wäre, wisse er nicht. Erst käme der weiße, dann der weiß-gelbe, dann der gelbe und dann der gelb-orange. Der Trainer hätte einen schwarzen Gürtel, fünf-facher Weltmeister! Den Namen konnte er mir leider nicht sagen.

Er kaute an den Resten des Croissants und klagte plötzlich: »Durst!« Er hätte nur noch 8 Cent übrig. »Soll ich Dir ein bißchen Geld geben?« Der Junge verneinte nicht. Ich kramte aus meiner Geldbörse ein 50-Cent-Stück heraus und zwei Zwanziger Cents und gab es ihm. »Da kannst Du dir eine kleine Schorle kaufen ...« Jetzt müsse ich aber los, mein Bus fahre gleich, verabschiedete ich den Schüler. Ich brachte das Geschirr zum Wagen und beobachtete, wie sich mein Schützling bei Märkisch Edel anstellte, um ein Getränk zu bekommen. »Eins achtzig!« sagte die Bedienung. Ich ging noch einmal zu ihm und meinte, er müsse in den Markt, das wäre hier zu teuer. Naja, einer der hellsten war dieser Bursche nicht gewesen. Oder war er vielleicht einfach nur SEHR SEHR clever???

JÜRGEN GRAMZOW

**Barnimer Bürgerpost**  
a b o n n i e r e n !

eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de  
internet: www.barnimer-buergerpost.de

Volksinitiative gestartet:

## Straßenausbaubeiträge abschaffen

**Bernau (bbp).** Mit einer Ortsteiletour durch Bernau und Panketal will der Landtagsabgeordnete von BVB/Free Wähler Péter Vida über die Volksinitiative »Straßenausbaubeiträge abschaffen!« informieren. Die ersten drei Orts- teilversammlungen fanden Ende Oktober in Birkenhöhe/Lindow, in Börnecke und Birkholz/Birkholzaue statt. Zugleich sollen landes- und kommunalpolitische Problemstellungen erörtert und Hinweise der Bürgerschaft aufgenommen werden.

Die von BVB/Free Wähler betriebene Volksinitiative »Straßenausbaubeiträge abschaffen!«, startete am 23. Oktober in Potsdam. Innerhalb eines Jahres müssen nun 20.000 Unter- stützerunterschriften gesammelt werden.

Ziel ist die Änderung des Kommunalabga- bengesetzes dahingehend, daß die einseitige

Belastung von Anliegern abgeschafft wird. Aus Sicht von BVB/Free Wähler gehört Straßen- bau zur Daseinsvorsorge, sodass die Kosten durch die Allgemeinheit zu tragen sind. Diese Auffassung vertrat Anfang der 90er Jahre auch die PDS, zumindest in Eberswalde. Später ließen sich die Abgeordneten der Partei auf die »Sachzwänge« ein. Heute sind die ursprüngli- chen Auffassungen zu den Straßenausbau- beiträgen bei den LINKEN weitgehend verges- sen. Den entsprechenden Gesetzesantrag des Landtagsabgeordneten Péter Vida lehnte der Landtag im Mai des Jahres mehrheitlich ab. Daher geht die Wählervereinigung nun den »direktdemokratischen Weg«. Widerspricht der Landtag der (erfolgreichen) Volksinitiative, folgen als weitere Schritte ein Volksbegehren und schließlich der Volksentscheid.

## Hardy Lux SPD-Direktkandidat

**Eberswalde (spd/bbp).** Am 6. November trafen sich die SPD-Delegierten aus dem Landtags- wahlkreis 13 (Eberswalde, Schorfheide, Amt Joachimsthal/Schorfheide) zur Wahlkreisdele- giertenkonferenz. Dabei wurde Hardy Lux aus Eberswalde einstimmig zum Direktkandidaten und zum Listenkandidaten der SPD gewählt. Der studierte Diplom-Sozialwissenschaftler und Erlebnispädagoge, heißt es in einer Presse- mitteilung, zeigte sich dankbar für das Vertrau- en. Er stellte anschließend sofort klar, wie er die Menschen hier im Wahlkreis für sich ge- winnen möchte:

»Ich werde einen ehrlichen und sachbezogenen Wahlkampf führen, um die Menschen von mir und meinen Idealen zu überzeugen. Sollte ich mir ihr Vertrauen verdienen und man wählt mich zum Landtagsabgeordneten, werde ich ein Abgeordne- ter aus dem Wahlkreis für den Wahlkreis sein. Das ist mein Anspruch. Ich möchte den Menschen in Joachimsthal, Schorfheide und Eberswalde eine Stimme in Potsdam geben. Für mich ist es klar, daß wir wieder ein staatliches Schulamt in unserer Re- gion brauchen. Wir müssen die Bildung stärken! Zum Beispiel durch die Aufwertung des Erzieher- berufes, Stärkung der Lehrer und besserer Quali- fizierung der Quereinsteiger im Schuldienst. Darü- ber hinaus werde ich mich für eine bessere finan- zielle Ausstattung der Kommunen stark machen, um vor allem den ländlichen Raum zu stärken. Dazu

gehört ganz zen- tral auch ein ver- besserter öffentli- cher Personen- nahverkehr und Bekämpfung des Ärztemangels durch mehr Praxi- sansiedlungen.

Ein weiteres, mir besonders wichti- ges Thema, das die Städte wie auch die ländlichen Regionen betrifft, ist der soziale Wohnungsbau und die Mietpreisentwicklung in unserem Land Bran- denburg. Es darf nicht sein, daß Bürgerinnen und Bürger ihr Leben lang arbeiten gehen und mit Ein- tritt in die Rente nicht mehr genug Geld haben, um in ihrer Wohnung zu bleiben. Hier möchte ich et- was bewegen.«

Als Gründungsmitglied des Bundes zum Schutz der Interessen der Jugend e.V. und durch jahrzehntelange Erfahrung in der Ju- gendarbeit und Umweltpädagogik habe Hardy Lux, so der Vorsitzende des SPD Unterbezirks Barnim Martin Ehlers, »einfach einen fachlich herausragenden Hintergrund. Dazu kann er eine enorme kommunalpolitische Erfahrung als Teil der SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversamm- lung Eberswalde vorweisen, der er seit nunmehr 10 Jahren erfolgreich vorsitzt.«



## Die Welt in ihrer Ganzheit sehen

Ein Leben in Harmonie: Erna und Kurt Kretschmann

Am 17. November lädt die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) Brandenburg nach Potsdam ein, um an Erna und Kurt Kretschmann zu erinnern. Die Vorträge mit Diskussion gestalten Kerstin Götter (Haus der Naturpflege; Bad Freienwalde) zu Biographischem, Jochen Schmidt (Friedensbibliothek; Berlin) zum Engagement gegen den Krieg und Daniel Fischer (Boden- und Agrarwissenschaftler; Halle) zu den Vorteilen der Mulchwirtschaft. Für diese Veranstaltung kooperiert die RLS mit der Grünen Liga – Landesverband Brandenburg e.V. (www.brandenburg.rosalux.de).

**17. November 2018, 11 - 15 Uhr in Potsdam, Haus der Natur, Lindenstr. 34**

## »Europäische Republik« ausgerufen

**Eberswalde (bbu/bbp).** Am 10. November wurde europaweit in einer Kunst-Performance von mehr als 100 (Theater-)Balkonen und an öffentlichen Plätzen in mehr als 10 verschiedenen Sprachen die Europäische Republik ausgerufen.

Die Bürgerstiftung Barnim Uckermark beteiligte sich zusammen mit den Spielerinnen und Spielern des Kanaltheaters an dieser künstlerischen Intervention für ein demokratisches Europa. »Laßt uns ein vielstimmiger Chor werden und unsere europäische Zukunft mitgestalten«, hieß es im Aufruf der Bürgerstiftung. Dabei wurde ein Manifest von Ulrike Guérot und Robert Menasse verlesen und zur Diskussion gestellt. An der Aktion nahmen über 100 europäische Kulturinstitutionen teil, darunter das Nationaltheater Gent, das Thalia Theater Hamburg und die Stadsschouwburg Amsterdam. Zahlreiche Personen des öffentlichen Lebens haben das Projekt unterstützt, u.a. Milo Rau, Elfriede Jelinek und Étienne Balibar.

Das Projekt umfaßte Veranstaltungen, Podiumsdiskussionen und friedliche, künstlerische Interventionen zur Zukunft der Europäischen Demokratie, die von 9.-11. November in zahlreichen europäischen Städten stattfanden. Dadurch soll eine breitenwirksame Debatte über

die Zukunft Europas vor den anstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2019 ausgelöst werden.

Mit dem Projekt soll nicht nur den vor 100 Jahren gegründeten Republiken in Europa (wie zum Beispiel der deutschen Republik, die als direkte Folge der Novemberrevolution entstand), den Ereignissen am 9. November 1938 und 1989 und dem Ende des I. Weltkrieges gedacht werden, sondern auch eine Zukunftsperspektive für ein gemeinsames soziales und demokratisches Europa eröffnet werden.

Ziel des Projekts ist es, die Öffentlichkeit für die Idee einer gesamteuropäischen Staatlichkeit zu sensibilisieren, die für eine europäische Gemeinwohlsicherung und die Nutzung europäischer öffentlicher Güter sorgt. Dabei ist die kritische Diskussion, Interpretation und Ergänzung der im Manifest beinhalteten Ideen integraler Teil des Projekts, denn Europa muß von Vielen gedacht werden. Der europäische Wahlspruch, von der »Einheit in Vielfalt« soll sich durch die Teilnahme zahlreicher Theater, Künstler und Bürger im zivilen Raum verwirklichen. Denn Europa heißt: »Menschen zu einen und nicht Staaten zu integrieren« (Zitat aus dem Manifest zur Ausrufung der Europäischen Republik).

## Parkhaus und Fahrradparkhaus

Bereits 7 Jahre ist es her, daß die Bernauer Stadtverordneten einen Bebauungsplan für das Gebiet am S-Bahnhof Friedenstal beschlossen haben. Trotz der seitdem verstrichenen Zeit ist eine Realisierung des Parkhauses nicht angeschoben worden. Die Parksituation hat sich aufgrund noch intensiverer Nutzung weiter zugespitzt. Zudem ist der Bedarf an Fahrradstellplätzen gestiegen.

Angesichts des erheblichen Bedarfs an verkehrssicher geordneten Stellflächen sollte die Errichtung des Parkhauses aktiv vorangetrieben werden. Als zukunftsweisende Lösung kommt dabei die Errichtung eines drei- bis vierdeckigen Parkhauses in Betracht. Gleichzeitig wird der Individualverkehr von und nach Berlin verringert und ein Beitrag zur Verkehrsbelastung in Bernau geleistet. Deswegen sieht

der Antrag vor, die Planung so fortzuschreiben, daß eine Errichtung bis 2021 möglich wird.

Zugleich sind die guten Erfahrungen mit dem Fahrradparkhaus am S-Bahnhof Bernau zu nutzen und in Überlegungen zur Errichtung eines weiteren am Bahnhof Friedenstal einzubeziehen. Aufgrund der abseitigen Lage und vergleichsweise dunklen Zuwegung kommt es immer wieder zu Fahrraddiebstählen. Es bietet sich an, in Kombination mit dem PKW-Parkhaus auch ein Fahrradparkhaus zu planen.

Im Hinblick auf das im Entstehen befindliche Wohngebiet an der A11 kann so eine weitere infrastrukturelle Verbesserung eintreten. In Ansehung des Bevölkerungswachstums sollten solche Maßnahmen entsprechend priorisiert und beschleunigt werden.

PÉTER VIDA und JÖRG ARNOLD

## Kreisparteitag der LINKEN

In Vorbereitung auf die kommenden Kommunalwahlen 2019 findet am 17.11.2018 um 10 Uhr in Panketal, in der Aula der Gesamtschule Zepernick, Schönerrinder Str. 83-90, die Versammlung der der LINKEN des Landkreises Barnim statt. Insbesondere wird das Wahlprogramm vorgestellt und diskutiert.

KERSTIN KÜHN, Kreisvorsitzende

### Sprechstunde der Linksfraktion Bernau:

Do. 22. November von 15-18 Uhr  
im Bürgerbüro der LINKEN  
Berliner Str.17, Bernau

## Ort am Pankebogen

Die Linksfraktion in der Stadtverordnetenversammlung Bernau traf sich am 24. Oktober am Tor zur Großbaustelle am Schönfelder Weg in Bernau zu einem Vor-Ort-Termin.

Die Stadtverordneten wollten sich die vorläufigen Planungen für den Pankepark erläutern lassen und sich ein Bild über den Fortgang der Baumaßnahmen für das Wohnungsbauprojekt machen. In dem neuen Wohngebiet am Pankebogen entstehen derzeit 600 Wohnungen.

MARGOT ZIEMANN

## Sicherheitskonzept

**Eberswalde (bbp).** Der amtierende Verwaltungsdezernent Stefan Müller informierte am 27. September die Stadtverordneten darüber, daß inzwischen der Ordnungsamtsleiter Uwe Birk mit der Erarbeitung des im April von den Stadtverordneten beschlossenen Sicherheitskonzepts beauftragt wurde. Er hat inzwischen »Informationen zur objektiven Situation zusammengetragen«. Demnach ist seitens der Verwaltung geplant, »spätestens Ende November 2018 eine Bürgerbefragung durchzuführen«. Derzeit werde über die anzuwendende Methodik diskutiert, »um zu einem statistisch validem Ergebnis zu kommen«. Spätestens im März 2019 soll ein Workshop mit einem Vorschlag für ein Konzept stattfinden.

Müller informiert über ein seit April 2018 existierendes Förderprogramm des Bundes für die Erarbeitung eines Sicherheitskonzeptes, welches eine 100% Förderung ermöglicht. Demnächst werde er in Berlin die genauen Modalitäten ausloten. Das Förderprogramm sehe vor, daß sich die Kommunen als Antragsteller ein oder zwei Projektpartner suchen können, die den Verlauf wissenschaftlich begleiten. Es gebe bereits Kontakte mit dem Deutschen Institut für Urbanistik, das bereit wäre, das Projekt zu begleiten. Im November will der amtierende Dezernent die Stadtverordneten ausführlich über den dann aktuellen Sachstand informieren.

## Kein Kommentar

**Eberswalde (bbp).** »Jeder Bürger sollte die Möglichkeit haben, schnell und unbürokratisch zu jedem Problem Stellung nehmen zu können, wie auf den sozialen Plattformen, die z.B. zur Thematik 'Zebrasteifen in der Friedrich-Ebert-Straße' voll mit Bemerkungen waren«, meint die Stadtverordnete Dr. ILONA FISCHER (Bündnis Eberswalde). Sie fragt, wie die Stadtverwaltung zur Einrichtung einer Kommentarfunktion auf der städtischen Internetseite stehe. Ihrer Ansicht nach ist das Maerker-Portal nicht auf jedes Problem zugeschnitten.

Eine Bürgerin habe sich wegen Verunreinigungen durch Tauben sowohl an die Stadtverwaltung als auch an die Presse gewandt, aber keine Rückmeldung erhalten habe. Wenn die Probleme der Bürgerinnen und Bürger derart abgeblockt werden, sei nicht verwunderlich, wenn diese sich dann hilflos fühlen. Dabei sei ihr durchaus bewußt, so Dr. Fischer, »daß so eine Kommentarfunktion sehr brisant ist«.

Letzterem folgte Bürgermeister Friedhelm Boginski, der davor warnte, »die Möglichkeit zu schaffen, daß sich jeder in den sozialen Netzwerken anonym äußern kann«. Das Maerker-Portal, das auf der Stadtseite verlinkt ist, sei eine gute Möglichkeit, ein Problem aufzunehmen. Dort bekomme jeder unkompliziert eine Antwort zu seinem Anliegen.

## Verkalkuliert

Nachtragshaushalt für Kita-Erweiterung

**Eberswalde (bbp).** Die Kita »Spielhaus« in Ostende soll einen Erweiterungsbau erhalten, um den Bedarf an neuen Kitaplätzen befriedigen zu können. Im November 2017 hatte die Stadtverwaltung eine Förderung bei der Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB) in Höhe von 961.000 Euro beantragt, bei damals geplanten Gesamtkosten in Höhe von 1.604.000 Euro.

Im Ergebnis der Ausschreibung erhöhten sich die Baukosten allerdings auf nunmehr 2.467.000 Euro, also 863.000 Euro mehr als ursprünglich geplant. Dies seien »unerwartet hohe, aber nicht unangemessen hohe Preise« befand der Brandenburgische Landesbetrieb für Liegenschaften und Bauen (BLB) in einer baufachlichen Prüfung. Die Erhöhung der Baukosten sei Folge der gegenwärtigen Konjunktur und habe »mit den momentan am Markt stattfindenden Preiserhöhungen zu tun«. Zur Umsetzung der Maßnahme gebe es aber keine Alternative, so der BLB.

Dem folgt auch die ILB, die allerdings klarstellte, daß eine Erhöhung der beantragten Zuwendung nicht möglich sei. »Eine Bewilligung der vorgesehenen Zuwendung ist daher nur möglich, wenn die entstandene Finanzierungslücke durch zusätzliche Eigenmittel der Stadt geschlossen werden kann. Sofern dies möglich ist, steht einer Bewilligung nichts entgegen.«

Die Stadtverordneten folgten dieser Argumentation und beschlossen einen entsprechenden Nachtragshaushalt, durch den die zusätzlichen Mittel für den Erweiterungsbau der Kita »Spielhaus« bewilligt werden. Dabei werden zunächst die Gesamtkosten vom Stadthaushalt übernommen. Die bereitgestellten Fördermittel werden dann im Haushalt 2019 als Einnahme verbucht. Die Liquidität zur sicheren Abwicklung solcher Finanzoperationen ist reichlich vorhanden (vgl. BBP 10/2018).

## Frauenhausfinanzierung

**Eberswalde (bbp).** Die Hauptlast für die Finanzierung der Barnimer Frauenhäuser trägt der Landkreis Barnim. Darüber informierte am 27. September Bürgermeister Friedhelm Boginski die Eberswalder Stadtverordneten. Zum Budget in Höhe von 125.800 Euro (2018) tragen auch die Städte Eberswalde und Bernau und weitere kleinere Kommunen bei. Carsten Zinn von der Fraktion Unabhängiges Wählerbündnis Eberswalde hatte bereits im Juni um eine genaue Auflistung gebeten, welche Kommune welchen Beitrag für das Frauenhaus Barnim leistet. Die genauen Zahlen, teilte Boginski mit, können nicht öffentlich vorgetragen aber eingesehen werden. Den Grund für diese Einschränkung nannte er nicht. Im Normalfall sind Haushaltsangelegenheiten grundsätzlich öffentlich.

## Eine vertane Chance

**Eberswalde (bbp).** Kürzlich verkündete die Pressestelle der Eberswalder Stadtverwaltung stolz das Ende der Sicherungs- und Sanierungsarbeiten auf einem Teilgelände der ehemaligen Dachpappenfabrik. Etwa 1,8 Millionen Euro wurden dafür ausgegeben, drei Viertel davon durch Fördergelder aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) refinanziert.

Auf einer Fläche von etwa 15.000 Quadratmetern werden Altlasten vermutet, die zur Belastung des Grundwassers führen können. An einigen »Hotspots« waren erhebliche Verunreinigungen des Bodens gefunden worden, die hauptsächlich aus Ablagerungen von Dachpappen- und Teerresten in den Gruben auf dem Fabrikgelände herrühren, die zuvor der Sandgewinnung für die Dachpappen dienten. Das Ausmaß dieser Gruben ist nicht bekannt und auch auf dem übrigen Gelände fanden sich Altlasten. Eine Totalsanierung hätte demnach möglicherweise erfordert, den gesamten Boden bis in eine Tiefe von rund zehn Metern auszutauschen. Nach Kalkulationen, die den Stadtverordneten vorgelegt wurden, hätte dies etwa 37 Millionen Euro gekostet.

Als billigste Variante wurde eine feste Versiegelung des Bodens (Asphalt oder Beton) angeboten. Die Stadtverordneten entschieden sich für die nur wenig teurere, aber »ökologischere« Variante. Der Boden wurde versiegelt, aber unterirdisch. Auf der Abdeckung mit einer Kunststoffdichtbahn wurde eine Bodenschicht von etwa 85 Zentimeter aufgetragen und mit einer Rasen-Ansaat versehen. Eine flächendeckende Drainage sorgt für die Entwässerung, so daß das Niederschlagswasser nicht in den kontaminierten Boden sickern kann. Schadstoffausspülungen ins Grundwasser werden so sicher und dauerhaft verhindert.

Als negative Folge für die Stadtentwicklung (und positive Folge für Grundstücksspekulanten) wird mit der erfolgten Sanierung diese Teilfläche der ehemaligen Dachpappenfabrik dauerhaft jeder Nutzung entzogen. Sicherlich wird ein dort entstehender extensiver Trockenrasen für bestimmte Pflanzen und Tiere (insbesondere Insekten) voraussichtlich gute Entwicklungsbedingungen bieten.

Allerdings gibt es Zweifel, ob hier tatsächlich alle Nutzungsmöglichkeiten abgewogen wurden. Auf einer ähnlichen Altlastfläche auf dem Gelände der ehemaligen Chemischen Fabrik entstand beispielsweise ein Parkplatz für Großveranstaltungen im Familiengarten, aber auch für Autofahrer von außerhalb, die hier

auf den Obus umsteigen können (oder zumindest könnten). Auch als Rummelplatz wird das Gelände genutzt. Die »Alte Dachpappe« befindet sich direkt am Bahnhof. Eine alternative Nutzung als Parkfläche wäre naheliegend gewesen. Dagegen sprach vor allem, daß die Zufahrt zu dem städtischen Gelände über den Luisenplatz ging, was eine Zumutung für die Menschen im dortigen Wohngebiet wäre. Über alternative Lösungen unter Einbeziehung der angrenzenden Bahngrundstücke wurde nicht nachgedacht. Ein weiteres Argument gegen eine solche Nutzung ist die Belastung, die durch parkende Fahrzeuge, insbesondere LKWs entstehen würde. Bloße Verbotsschilder könnten die Befahrung des Geländes durch Schwerlasten ja sicherlich nicht verhindern.

Die Bürgerinitiative »Radwege in Eberswalde« ist der Auffassung, daß trotz all dieser Bedenken zumindest ein Geh- und Radweg hätte Platz finden können. Ein Streifen von vielleicht vier Metern am Rand des Geländes, wo der Boden ganz gewiß weniger kontaminiert ist, hätte gewiß abgeteilt werden können, zumal Fußgänger und Radfahrer den Boden kaum derart belasten, daß sich das auf die Abdichtung auswirken kann. Zumindest die Trasse für so einen Geh-/Radweg hätte man vorhalten können.

Das zwischen dem sanierten Stadtgrundstück und dem Gewerbegebiet an der Heegermüher Straße gelegene Grundstück befindet sich derzeit im Eigentum der Deutschen Bahn. Inwieweit auch hier Altlasten eine weitere Nutzung beschränken, ist nicht bekannt.

Bekannt ist indes das Potential dieser Fläche. Hier könnte beispielsweise ein Parkhaus für Pendler entstehen, das dann natürlich neben Stellplätzen für Kraftfahrzeuge auch solche für Fahrräder bieten sollte.

Eine direkte Anbindung an den Bahnhof wäre durch eine Verlängerung der Bahnsteigunterführung möglich. Dies wird weder von der Bahn AG noch seitens der Stadtverwaltung ausgeschlossen. Vielmehr soll es hierzu inzwischen sogar »konstruktive Gespräche« gegeben haben.

## Straßenname nach SPD-Politikerin Christel Brauns

**Eberswalde (bbp).** Die Fläche zwischen dem Wohngebiet am Karl-Marx-Ring und dem Finow Friedhof, bekannt unter der Bezeichnung »ehemaliger Hubschrauberlandeplatz«, soll in den nächsten Jahren für den Wohnungsbau erschlossen werden. Im laufenden 1. Änderungsverfahren zum Flächennutzungsplan ist vorgesehen, das bisherige Sonderbaufläche in eine Wohnbaufläche zu ändern. Bereits jetzt steht die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr.

606 für das 5,1 Hektar große Gebiet auf der Tagesordnung der städtischen Gremien.

Zugleich entscheiden die Stadtverordneten über den Namen der Erschließungsstraße. Bereits im Februar hatten die Mitglieder des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt dem Vorschlag, die nächste neu entstehende Straße nach der einstigen Stadtverordneten der SPD als Christel-Brauns-Weg zu benennen, zugestimmt.

Vorschlag für Stadthaushalt:

## 500.000 Euro für Radwegefinanzierung

**Demnächst entscheiden die Stadtverordneten darüber, daß unser Bürgerbegehren zustande gekommen ist. Sofern sie unseren Vorschlag nicht übernehmen, gibt es demnächst einen Bürgerentscheid zur Verkehrsführung in der Heegermühler Straße.**

Die Rücknahme der Maßnahme kann natürlich nur ein Anfang sein. Die Heegermühler Straße muß für die Anlieger und die Kunden der dortigen Geschäfte durch sichere und komfortable Radwege erschlossen werden. Platz dafür ist fast überall vorhanden.

Im Radnutzungskonzept von 2015 werden die falschen Prioritäten gesetzt. Statt »Rad-schnellverbindungen« entlang der Bundes- und Landesstraßen sollten künftig intelligent geführte Radwege zwischen den einzelnen Stadtteilen im Vordergrund stehen. Für diese Radwege, möglichst abseits der Autostraßen, können sehr gut bestehende Wege zwischen den Stadtteilen und Wohngebietsstraßen mit wenig Verkehr genutzt werden.

Dafür müssen auch die entsprechenden Finanzen bereitgestellt werden. Das Radnutzungskonzept bezifferte 2015 den Gesamtbedarf bis 2030 mit 13,1 Millionen Euro, davon 6,3 Millionen Euro an kommunalen Eigenmitteln. Das entspricht einem jährlichen Eigenanteil der Kommune von 420.000 Euro. Bisher wurde nur ein Bruchteil davon tatsächlich aufgewendet. Der Haushaltsplan 2017/18 enthielt lediglich 15.000 Euro pro Jahr an Eigenmitteln

für die Radwege. Der Investitionsstau ist seit 2015 weiter angewachsen. Im Entwurf für den städtischen Haushalt 2019, der aktuell in den Gremien der Stadtverordnetenversammlung diskutiert wird, liegen die geplanten Ausgaben für Radwege – soweit ersichtlich – wieder nur im Rahmen der Vorjahre und damit deutlich unter dem, was selbst zur Umsetzung des aktuellen Radkonzeptes notwendig wäre.

Bereits im Dezember 2017 hat die Bürgerinitiative »Radwege in Eberswalde« im Rahmen der Einwohnerfragestunde im Ausschuß für Bau, Planung und Umwelt eine Erhöhung des jährlichen Radwege-Budgets im städtischen Haushalt angeregt. Daran knüpfen wir an und schlagen vor, im Haushaltsplan 2019 ein Radwege-Budget von mindestens 500.000 Euro einzustellen. Ausdrücklich angemerkt sei, daß hier der städtische Eigenanteil gemeint ist.

Hilfreich wäre zudem, wenn das geplante Budget für den Bau von Radwegen und für deren Instandhaltung auch für die Bürgerinnen und Bürger transparent im Haushaltsplan ersichtlich wäre und ggf. künftig jeweils als eigene Produktgruppe geführt würde.

GERD MARKMANN und Dr. ULRICH POFAHL, BI »Radwege in Eberswalde«

## Ortsrundgang statt Einwohnerversammlung

*Einwohner kritisiert die neue Form als »Kritikvermeidungsveranstaltung«*

**Eberswalde (bbp).** »Diese Veranstaltung hatte nichts mit einer Einwohnerversammlung zu tun«, urteilt THOMAS BABATI über die diesjährige Einwohnerversammlung in Finow. Diese fand am 10. September – wie alle Einwohnerversammlungen – in Form eines Rundganges statt. Inhaltlich ging es fast ausschließlich um die Waldsportanlage. In der zur Stadtverordnetenversammlung am 27. September vorgetragenen Kritik meinte der Finower, daß, »wenn zu einer Sportplatzbaueröffnung eingeladen worden wäre, genauso viele interessierte Einwohner gekommen« wären. Er zählte nur 25 Einwohner aus Finow. »Entgegen den Einwohnerversammlungen der letzten Jahre, bei denen die Aula im Gymnasium Finow immer voll war... Ich schlage vor, daß wieder zur ursprünglichen Form der Einwohnerversammlungen zurückgefunden wird. Dort konnte man erwarten, daß die Stadtverwaltung Bericht erstattet und die Bürgerinnen und Bürger konnten ihre Probleme so äußern, daß die anderen Teilnehmer an der Versammlung diese ebenfalls mitbekommen«. In diesem Jahr sei der Eindruck entstanden, daß »eine Kritikvermeidungsveranstaltung stattgefunden hat«. So seien nur 3 bis 4 Fragen bei der Baudezernentin Anne Fellner angekommen, welche sie mitnehmen konnte. »Andere, die es ebenfalls interessiert hätte und auch ihre Fragen einbringen wollten, konnten so

nicht erfaßt werden.« Davon abgesehen, so Barbati, war auch die kurzfristige Zeitenänderung »ein zusätzliches Erschwernis«.

Bürgermeister FRIEDHELM BOGINSKI (FDP) antwortete, daß er »eine positive Resonanz zu den Ortsrundgängen als neue Form der Einwohnerversammlungen erhalten« habe »und es viele Einwohnerinnen und Einwohner befürwortet haben, zum Ort des Geschehens zu gehen, um die Probleme visuell im Auge zu haben. Die Anregung nehme ich nichtsdestotrotz auf.« Durch die Ortsrundgänge würden nunmehr auch jüngere Einwohnerinnen und Einwohner teilnehmen. Bezogen auf die Anmerkung, daß es sich bei den Ortsrundgängen um Kritikvermeidungsveranstaltungen handeln soll, weist Boginski darauf hin, daß sich »z.B. beim Ortsrundgang im Stadtteil Westend die Einwohnerinnen und Einwohner sehr kritisch geäußert haben und die Probleme unmittelbar vor Ort besprochen werden konnten«.

Kritik zur Umstellung auf Ortsrundgänge kam auch von den Stadtverordneten CARSTEN ZINN und Dr. ILONA PISCHEL. Letztere wies darauf hin, daß die Rundgänge möglicherweise junge Leute anspreche, aber dafür ältere, nicht mehr so mobile Einwohner, ausschließe. Die Aufsplitterung der Veranstaltung in Einzelgespräche würde zudem eine transparente und öffentliche Diskussion unmöglich machen.

## 19 Prozent für Radwege

**Eberswalde (bbp).** Die SPD-Fraktion hatte zur Septembersitzung der Stadtverordneten angefragt, wie die Mittel für die Geh- und Radwegesanierung aufgeteilt werden. In der Antwort der Baudezernentin Anne Fellner heißt es: »Es werden jährlich 200.000 Euro für die Geh- und Radwegesanierung eingesetzt«. Im Durchschnitt der vier Jahre von 2015 bis 2018 wurden von insgesamt 844.000 Euro für Gehwege 81 Prozent und für Radwege 19 Prozent verwendet.

»In Eberswalde haben wir«, so weiter in der Antwort, »Gehwegelängen von ca. 130 km und Radwegelängen (getrennte Geh- und Radwege ca. 2 km und gemeinsame Geh- und Radwege ca. 41 km) von ca. 43 km, für die die Stadt zuständig ist. Weiterhin gibt es noch ca. 21 km Radwege, für die der Landesbetrieb Straßenwesen zuständig ist (an Landes- und Bundesstraßen). Da alle Gehwege von Kindern bis 10 Jahre auch als Radweg genutzt werden können und alle Altersgruppen und Menschen der unterschiedlichsten Mobilität auf gute Gehwege angewiesen sind, halten wir diese Kostenteilung für sachdienlich – auch wenn wir in jedem Jahr die Diskussion bei der Sitzung des Runden Tisches gerne führen.«

## Bürgerinformationssystem

**Eberswalde (bbp).** Die Abstimmungsergebnisse zu den Beschlußvorlagen der Stadtverordnetenversammlung sind neuerdings im Bürgerinformationssystem einsehbar. Darüberhinaus ist es nun direkt von der Startseite des städtischen Internetauftritts über den Button »Bürgerinformationssystem« erreichbar.

## Kanalgespräche

**Eberswalde (bbp).** Während der Sommerpause habe er mehrere Gespräche zur Thematik »Finowkanal« mit den Vertretern des Bundes geführt, informierte Bürgermeister Friedhelm Boginski am 27. September die Stadtverordneten. Ihm sei bestätigt worden, daß es »konstruktive Gespräche zwischen dem Bund und dem Land Brandenburg gibt«. Boginski befürwortete es, daß nun die beiden Hauptverantwortlichen im Gespräch sind, und nannte namentlich das brandenburgischen Ministerien für Wirtschaft und Energie sowie für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft. Auch »der Bund« blicke »diesen positiv entgegen«. Nun seien erst einmal die laufenden Gespräche mit dem Land abzuwarten, bevor weitere Aktivitäten unternommen werden. Der Haushaltsvermerk für den Finowkanal sei auch im Bundeshaushalt 2019 enthalten »und somit gesichert«. Dadurch bestünden »durchaus Optionen für die Zukunft«. Zur Aufrechterhaltung des Schleusenregimes im Jahr 2019 ist ein höherer kommunaler Anteil nötig. Das Jobcenter will die Schleusenwärter nicht in bisheriger Höhe mitfinanzieren. Im städtischen Haushaltsentwurf, der aktuell diskutiert wird, ist das bereits enthalten.

## Bessere Linienführung

**Bernau (bbp).** In Bernau verbessert sich künftig die Linienführung der Stadtlinie 892. In den vom sachkundigen Einwohner Peter Zelt für die Fraktion BVB/Freie Wähler ausgearbeiteten Vorschlag flossen zahlreiche Hinweise von Bürgern aus Birkenhöhe, Birkholz, Nibelungen und Lindow ein. Zustande kam ein mehrseitiges Konzept für eine neue Linienführung. Im Südwestzweig der Linie soll der Ringverkehr durch Linienverkehr abgelöst werden. Zusätzliche Haltestellen an der Bahnhofspassage und am Venusbogen in Bernau-Süd sollen die Attraktivität der Linie erhöhen. Zugleich ist eine bessere Abstimmung mit der Linie 895 vorgesehen. Die Fahrzeit vom Bahnhof nach Birkenhöhe verkürzt sich um 36 Minuten, nach Birkholz um 30 Minuten. Eine deutliche Verbesserung für die Anwohner, wie der Stadtverordnete Péter Vida meint. Die Veränderungen sollen eine intensivere Nutzung der Linie gewährleisten, weil nur so deren Erhalt dauerhaft gesichert werden kann.

Mit 18 Ja- gegen 6 Nein-Stimmen wurde der Antrag angenommen. »Nur die Linken stimmten dagegen«, so Vida. »Befremdlich war, daß sogar die Birkenhöher Ortsvorsteherin Heidi Scheidt (Linke) gegen den Antrag votierte, obwohl ihr Ortsteil massiv profitiert.«

## Bürger-Asyl

### Treffen im Eberswalder Schöpfwerk

Die Kampagne zum Barnimer Bürger-Asyl nimmt langsam Gestalt an. In zahlreichen Gesprächen hat sich herausgestellt, daß viele Menschen das Anliegen sehr unterstützenswert finden. Wir haben aber auch viele Rückmeldungen bekommen, daß Menschen noch unklar ist, ob sie mit dem unterschreiben des Aufrufs Verpflichtungen eingehen oder sich aus verschiedenen Gründen unsicher sind, ob sie öffentlich mit ihrem Namen dahinterstehen möchten.

Nach dem Treffen in Bernau, das schon am 5. November stattfand, findet am 17. November um 18 Uhr im Schöpfwerk (Schöpfungstr. 5) auch in Eberswalde ein offener Austausch zu den Fragen und Zweifeln statt. Die Initiatoren vom Barnimer Bürger-Asyl möchten möglichst viele Menschen gewinnen, die hinter der Kampagne stehen. »Einerseits erhöht das unsere Möglichkeiten, Menschen tatsächlich Schutz bieten zu können. Und andererseits ist das Signal an die lokalen Politikerinnen und Politiker umso stärker, je mehr wir sind«, heißt es in der Einladung. »Komm vorbei und bring gerne weitere interessierte Personen mit!«.

Kontakt: buergerinnenasyl-barnim@systemli.org. Mehr Infos unter <https://aktionbuergerinnenasyl.de/>

## Wissen, wo's lang geht!

Knapp 300.000 Euro für Wegeleit- und Informationssystem in der Innenstadt

**Eberswalde (bbp).** Die Eberswalder Innenstadt soll ein Wegeleit- und Informationssystem für Fußgänger erhalten. Über den aktuellen Planungsstand informierte die Amtsleiterin für Stadtentwicklung SILKE LEUSCHNER und SIMONE SCHULZ vom beauftragten Ingenieurbüro DrNice GbR am 6. November den Mitgliedern des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt (ABPU). Während auf der gleichen Sitzung für die Sanierung und Instandsetzung der Geh- und Radwege über eine Verdoppelung des Jahresetats auf 400.000 sehr kontrovers diskutiert wurde, gab es zu den Kosten von insgesamt 291.000 Euro für des Leit- und Informationssystem keine größere Diskussionen. Hier kann auf Fördermittel zurückgegriffen werden. Allerdings gelang die Akquirierung von Fördermitteln erst im dritten Anlauf.

Das ursprüngliche Konzept stammt bereits vom September 2011. Damals sollte das Fördergeld aus dem Programm »Nachhaltige Stadtentwicklung« kommen, was aber wegen Mehrkosten anderer Maßnahmen schließlich im Jahr 2013 abgelehnt wurde. Einen weiteren erfolglosen Versuch gab es 2016 für das Programm »Nachhaltige Entwicklung von Stadt und Umland«. Schließlich gelang im Januar 2018 nach einer Konzeptüberarbeitung die Aufnahme in das Programm der Städtebauförderung »Stadtumbau-Aufwertung« unter dem Programmpunkt »B.2 touristische Systeme«.

Die ABPU-Mitglieder wurden über den Planungsstand informiert. Zu entscheiden hatten sie nichts, wenn man von der Möglichkeit verschiedener Farbdesigns, wozu sie sich äußern konnten, absieht.

Drei Routen sind vorgesehen, zwei davon mit alternativer Wegeführung. Der »Rundgang Altstadt« beginnt am Parkplatz an der Marienstraße und verläuft über den Marktplatz zum neuen »Torplatz« am Museum, über die Mikadobrücke, Michaelis- und Ebertstraße zum Karl-Marx-Platz und von dort aus über Weinberg-, Schickler- und Goethestraße zu den Stadtmauerresten an der Nagelstraße und von dort an der Maria-Magdalenen-Kirche und über den Markt zurück zum Ausgangspunkt. Als Alternativroute kann man auch auf der Nagelstraße bis zur Neuen Kreuzstraße weitergehen, um von dort aus zum Ausgangspunkt zu gelangen. Die Route »Stadtpromenade« beginnt ebenfalls am Parkplatz Marienstraße und führt entlang des Finowkanals bis zur Wilhelmstraße, um dann weiter auf der Eisenbahnstraße bis zum Bahnhof zu führen. Die »Erlebnisachse Schwärzetal« beginnt als Abzweig der »Stadtpromenade« am einstigen Bollwerk unterhalb der Friedensbrücke, um über die Mikadobrücke und die Michaelisstraße zum Stadtcampus der Eberswalder Fachhochschule für nachhaltige Entwicklung (HNEE) geführt zu werden. Von dort geht es über Weidendamm, Brunnenstraße und Schwappachweg zum Eberswalder Tierpark. Auch hier gibt es einen alternativen Abzweig vom Campus über Goettestaße und Goethetreppe bis zur Heinrich-Heine-Straße und dann zurück über Lutherplatz, Schiller-Treppe und Schillerstraße zum Weidendamm.

Pläne für ähnliche Wegeleit- und Informationssysteme in den anderen Eberswalder Stadtteilen sind derzeit nicht bekannt.

## Jiddische Musik am 9. November



Foto: JÜRGEN GRANZOW

**Eberswalde (bbp).** Vor 80 Jahren brannte die Eberswalder Synagoge. Die Eberswalder Feuerwehr schützte nur die Nachbarhäuser, ließ die Synagoge »kontrolliert« niederbrennen. Noch in der Nacht und am nächsten Tag zogen die faschistischen Sturmabteilungen durch die Stadt und zerschlugen die Fensterscheiben der jüdischen Geschäfte. Es war nur der Beginn...

Am hochgelobten Plagiat »Wachsen mit Erinnerung«, hier wachsen eingemauerte Bäume (das Einmauern war kein Plagiat, sondern eine eigene Idee der preisgekrönten Architekten) heran, die mit der Zeit die Konturen der einstigen Synagoge nachbilden sollen, kamen am 80. Jahrestag des Pogroms von 1938 mehr als 100 Menschen zusammen, um den Opfern zu gedenken und vor dem Wiedererstarken rassistischen Gedankenguts zu warnen.

380kV-Freileitung Bertikow - Neuenhagen:

## Nichtteilnehmende Teilnahme



FOTO: GERD MARKMANN

*Das Landesamt für Umweltschutz beim Erörterungstermin im Haus Schwärzetal*

**Als ich die Bekanntmachung des Landesbergamts (LBGR) mit der Einladung zur Erörterung der Einwendungen gegen den Bau der 380kV-Freileitung Bertikow-Neuenhagen am 7. November las, glaubte ich wirklich, daß im Landesbergamt ein Prozeß des Umdenkens stattgefunden habe, denn die Durchführung eines Erörterungstermins war im Jahr 2010 bei der Eröffnung des Planfeststellungsverfahrens abgelehnt worden (BBP 10/2018). Ich wurde aber eines anderen belehrt:**

### Verweigerte Akteneinsicht

Am 30. Oktober erreichte mich eine Mail, in der mir unsere Anwaltskanzlei die Reaktion des LBGR auf unseren Antrag auf Akteneinsicht vom 17. September mitteilt. Das LBGR wünscht zunächst einmal die Vorlage der Vollmacht unseres Anwalts, die dem Amt schon seit Jahren vorliegt und schließt daran den Hinweis, daß die gesetzliche Frist von 4 Wochen in unserem Fall nicht eingehalten werden könne, denn »Ihre Anträge beziehen sich auf Umweltinformationen, die im Zusammenhang mit dem ergänzenden Verfahren und der dort von der Planfeststellungsbehörde zu treffenden Entscheidung über Belange des Umweltschutzes stehen. Aufgrund des aktuellen Standes des Verfahrens und der Vorbereitung des bevorstehenden Erörterungstermins ist für die Bearbeitung Ihres Informationsgesuchs ein längerer Zeitraum erforderlich.«

Schließlich wird mitgeteilt daß beabsichtigt sei, die Stellungnahmen der Behörden und Träger öffentlicher Belange in Kürze in Fotokopie zur Verfügung zu stellen.

Am 6.11., einen Tag vor dem Erörterungstermin gehen schließlich bei der Kanzlei sieben Anhänge im Umfang von insgesamt 179 Seiten ein. Damit ist zwar unserem Recht auf Akteneinsicht teilweise formal entsprochen, aber faktisch ist es ausgehebelt, denn die übermittelten Dokumente umfassen nicht alle Stellungnahmen, die beim LBGR eingegangen sind und die vorgelegten Dokumente können nicht mehr gründlich ausgewertet und in unsere Vorbereitungen für den Erörterungstermin eingearbeitet werden.

Wir nahmen dennoch am Erörterungstermin teil, um unsere Position in dem Verfahren zu vertreten. Ich teilte auch die Hoffnung, weitere Informationen über die Haltung der anderen Beteiligten, vor allem des Landesamts für Umwelt (LfU), zu erfahren. Immerhin hatte mir dessen Präsident Ilgenstein am 15. Oktober bei seinem Besuch in der Biosphärenreservatsverwaltung in Angermünde, nachdem ich ihm einen Aktenordner mit Einwendungen und andren Dokumenten zum Freileitungskon-

flikt überreicht hatte, unter Zeugen mitgeteilt: »Sie müssen mich nicht agitieren, ich bin bezüglich der Uckermarkleitung Ihrer Meinung.«

### Schweigen im Amt

Eine erfreuliche Mitteilung, die der Präsident aber leider nicht in die Erörterung eingebracht hat. Er selbst war nicht erschienen, hatte aber ein dreiköpfiges Team geschickt, das eine Stellungnahme ausgearbeitet hatte, die uns aber noch nicht zugegangen war. An den Diskussionen der verschiedenen naturschutzfachlichen Aspekte, die im Rahmen der Erörterung geführt wurden, beteiligten sich die Vertreter des LfU nicht. Kein einziger Redebeitrag war zu hören, nicht eine Wortmeldung!

Dann wurde Punkt 8 der Tagesordnung aufgerufen: »Erörterung der Stellungnahmen aus der Behördenbeteiligung«. Jetzt war Frau Jenssen vom LfU am Zug. Sie teilte in dürren Worten mit, daß sie die Stellungnahme des LfU nicht erläutern und erörtern werde. Ende der Durchsage.

Diese nichtteilnehmende Teilnahme am Erörterungstermin ist schon sehr bemerkenswert. Das sitzen drei gut bezahlte Mitarbeiter des LfU einen ganzen Tag lang stumm bei der Erörterung eines Vorhabens, das in eklatanter Weise in die Belange des Natur- und vor allem des Vogelschutzes eingreift und sagen nicht ein Wort. Sie kennen die Probleme, immerhin haben sie eine ausführliche Stellungnahme ausgearbeitet, aber sie schweigen. Daß sie einen öffentlichen Auftrag haben, daß sie die Chancen, die der Erörterungstermin bietet, ihre Sichtweise und ihre Bedenken den Beteiligten nahezubringen, nutzen sollten, das interessiert sie offenkundig nicht.

Ich frage mich, welches Selbstverständnis im Amt für Umwelt herrscht, welches Arbeitsethos dort gepflegt wird. Vielleicht ist die Lösung auch ganz einfach, das Team ist weisungsgebunden und zu klären ist, wer hier welche Weisung weshalb erteilt hat. Der Präsident hat das Wort.

HARTMUT LINDNER

## Schallmessungen

**Bernau (bbp).** Im März des Jahres hatte die Bernauer Stadtverordnetenversammlung beschlossen, vom Landesamt für Umwelt die Schallmessung jener Bernauer Windräder einzufordern, die eine Nabenhöhe von mehr als 120 Metern haben. Hintergrund war eine Diskussion zwischen Umweltminister Vogelsänger und dem Landtagsabgeordneten Péter Vida im Landtag, bei der sich der Minister gegen flächendeckende Messungen aussprach, aber zusagte, daß bei Anträgen von Kommunen die Landesregierung entsprechend tätig werden würde. Vida, zugleich Stadtverordneter in Bernau, ließ sich das nicht lange sagen und reichte mit seiner Fraktion BVB/Freie Wähler eine entsprechende Beschlusvorlage ein, die auch die Mehrheit der Stadtverordneten fand.

»Leider ging von der Stadtverwaltung trotz Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung nicht der erhoffte Druck aus«, informiert Peter Vida. Aus der Antwort auf eine parlamentarische Anfrage von ihm gehe hervor, daß die Stadt Bernau nach Übermittlung des Beschlusses lediglich einmal nachgefragt hat – innerhalb von mittlerweile fast 8 Monaten.

»Auf weiteren Druck von BVB/Freie Wähler«, so Vida, »teilte die Landesregierung nunmehr mit, daß die Messungen jetzt im Spätherbst durchgeführt werden. Das zuständige Landesamt für Umwelt (Außenstelle Schwedt) wartet nur noch auf regenarme und zugleich windtrüchtige Tage, um realistische Werte feststellen zu können.« Sollten sich hierbei gesundheitsschädliche Lärm- und Infraschallbelastungen zeigen, seien unverzüglich Stilllegungsverfügungen zu erlassen.

### Man kann sich nur schämen

Nachdem die »Roten« in Brandenburg mit der Kreisgebietsreform – dank Bürgerengagement – eine glatte Bauchlandung hingelegt haben versuchen sie jetzt, die Straßenausbaubeiträge zu »retten« und torpedieren die Anträge von BVB/Freie Wähler zur Abschaffung dieser Ungerechtigkeit. Es bedarf, gegen den Willen der regierenden »Volksparteien«, einer Volksinitiative, also Unterschriftensammlung, um Volkes Willen deutlich zu machen und durchzusetzen. Plötzlich melden sich die »Schwarzen« zu Wort und überlegen – im nächsten Jahr sind ja Wahlen! – ob sie Volkes Willen unterstützen wollen und sie tun so, als ob die Abschaffung der Ausbaubeiträge ihre Idee ist. Für eine solche Landesregierung und Trittbrettfahrer – Parteien, die regieren wollen, kann man sich als Brandenburger nur schämen!

JOHANNES MADEJA

Bemerkung: Dieser Beitrag wurde als Leserbrief als Reaktion auf die Artikel »Verband will Beiträge abschaffen« und »Ein Gebot der Gerechtigkeit« (MOZ vom 23. und 24.10.18) geschrieben.

## »Das ist Alibipolitik«

**Berlin/Eberswalde/Prenzlau (bbp).** Am 8. November hat der Haushaltsausschuß des Bundestages die Mittelzuweisung für Leistungen zur Eingliederung in Arbeit für 2019 beschlossen. Damit stehen den Jobcentern in Uckermark und Barnim rund 2,5 Millionen Euro mehr für die Vermittlung von Langzeitarbeitslosen zur Verfügung. Das berichtet der SPD-Bundestagsabgeordnete Stefan Zierke, der dies für die Langzeitarbeitslosen für ein »echtes Plus« hält. »Damit können die Jobcenter ihnen zielgenau helfen und sie besser in Arbeit vermitteln. In der Uckermark profitieren wir davon besonders.« Demnach erhält das Jobcenter Barnim 2019 knapp 1,5 Mio. Euro zusätzlich im Vergleich zum Vorjahr. Beim Jobcenter Uckermark steigen die Mittelzuweisungen um knapp 1 Mio. Euro.

Daneben, so Zierke, werden die Uckermark und der Barnim auch von zusätzlichen Finanzierungsquellen für den Sozialen Arbeitsmarkt profitieren, der am 9. November im Bundestag beschlossen wurde. »Es ist gut, daß der Soziale Arbeitsmarkt endlich kommt. Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren ist nicht nur volkswirtschaftlich klüger, sondern auch eine Zeitenwende in der Sozialpolitik. Der Bund stärkt die soziale Teilhabe von Menschen, die schon sehr lange nach Arbeit suchen. Dazu werden wir bundesweit 4 Milliarden Euro einsetzen. Das ist konkrete Politik für den sozialen Zusammenhalt im Land.«



2004: Anti-Hartz IV-Demo in Eberswalde.

Für die Bundestagsabgeordnete Sabine Zimmermann (DIE LINKE) ist das neue »Teilhabe-chancengesetz« indes nur »Alibipolitik«. Es schaffe »eben keine Teilhabe auf dem ersten Arbeitsmarkt«. Im Bundestag erklärte sie am 10. November: »Sechs Jahre Hartz-IV-Bezug als Voraussetzung grenzt den Großteil aus. Sechs Jahre – das muß man sich mal vorstellen! – müssen Sie langzeiterwerbslos sein, um in den sozialen Arbeitsmarkt zu kommen. Sie machen hier Menschen Hoffnungen, die Sie einfach nicht erfüllen. Die Jobcenter sind finanziell immer noch zu schlecht ausgestattet. Die zusätzlichen Mittel sind nicht zweckgebunden. Somit ist zu befürchten, daß viele Jobcenter die Gelder anderweitig verwenden, zum Beispiel für den Verwaltungsetat.«

Besonders unverständlich sei, daß keine Beiträge für die Arbeitslosenversicherung vorgesehen sind. »Somit handelt es sich um Beschäftigte zweiter Klasse.« Auch das neue Instrument ist nicht freiwillig. »Wann verstehen Sie endlich, daß Zwangsmaßnahmen kein Instrument für eine gute Arbeitsmarktpolitik sind? Die Linke fordert die Abschaffung der Sanktionen.«

# Lebensgeschichten gesucht

Neues Kunstprojekt im Brandenburgischen Viertel

**Eberswalde (bbp).** Der Sprecherrat »Soziale Stadt« im Brandenburgischen Viertel hatte auf seiner Novembersitzung unter anderem über einen Förderantrag zum Thema »Die Entwicklung des Brandenburgischen Viertels, gezeigt in Bildern der Lebensgeschichten seiner Bewohner«. Knapp 5.800 Euro werden dafür zur Verfügung gestellt. Die elf anwesenden Sprecherratsmitglieder befürworteten den Antrag einstimmig. Die Ausstellung soll zum zweiten Quartal 2019 der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Initiiert wurde das Projekt von der jungen Künstlerin ANNA-MARIA HEB, die seit einiger Zeit selbst im Viertel lebt und freischaffend tätig ist. Die Entwicklung des Brandenburgischen Viertels soll auf der Basis der Lebensgeschichten seiner Bewohner in Form einer multimedialen Ausstellung gezeigt, veranschaulicht und zugänglich gemacht werden, heißt es in der Projektvorstellung. Ziel sei es die Sichtweise auf das Brandenburgische Viertel sowohl von innen, als auch von außen, auf eine positive Art zu verändern.

Angesprochen sind Menschen, die ihr Leben lang oder einen großen Teil ihres Lebens im Brandenburgischen Viertel wohnen bzw. gewohnt haben und auch von den Anfängen berichten können.

Die Künstlerin bewegt sich dabei auf mehreren Ebenen. Auf der ersten Ebene will sie sich mit den Projektteilnehmern in und mit dem Brandenburgischen Viertel definieren und identifizieren. Auf der zweiten Ebene soll es das multimediale Erleben der Ausstellung einer Vielzahl von Menschen, regional und national, möglich machen, die jeweiligen Sichten der Teilnehmer parallel zu durchlaufen, sie miteinander zu vergleichen und eigene Sichten zu gewinnen. Die so erreichte Blickverschiebung soll nicht zuletzt zu einem Imagewechsel des Brandenburgischen Viertels führen.

Durch gezielte und direkte Ansprache in den verschiedenen Einrichtungen im Viertel, wie dem Spreewaldcafé, aber auch auf der Straße, werden zunächst die Teilnehmer gesucht. Kleinanzeigen in einem regionalen Wochenblatt soll das ergänzen und einen speziellen Interessentenkreis erschließen, der sonst nicht erreichbar wäre. Zudem kann man sich telefonisch oder per eMail melden. Infrage kom-

men vor allem Ältere (50+), die sowohl über die Entwicklung des Brandenburgischen Viertels berichten können, als auch bereit sind, über persönliche Erlebnisse zu erzählen, um so ihre Erinnerungen öffentlich zu teilen.

Wer sich bereit erklärt, an dem Projekt teilzunehmen, wird sodann in einem persönlichen und möglichst intimen Gespräch an einem Ort ihrer Wahl oder bei einem Spaziergang durch das Viertel gebeten, über ihr Leben preiszugeben was und wieviel sie möchten. Die Interviews werden, je nach Wahl, mittels Diktiergerät oder schriftlich dokumentiert. Momente des Gesprächs werden mit verschiedenen Kameras, in Form von Fotografie und Film, eingefangen und zeichnerisch festgehalten. Die Teilnehmer werden zudem gebeten, in ihren Fotoalben zu kramen, ob sie deren Schätze für die Ausstellung zur Verfügung stellen möchten. Ziel ist, das Brandenburgische Viertel in einer sehr persönlichen, lebensnahen und emotionalen Weise in Szene zu setzen.

Nach der Materialsammlung beginnt der zweite Teil des Projektes. Die multimediale Ausstellung soll die Entwicklung des Brandenburgischen Viertels auf zwei Ebenen präsentieren. Zum einen wird die allgemeine Entwicklung seit der Planung und Grundsteinlegung bis heute dargestellt durch alte Fotografien, Zeichnungen und Grundrissen sowie erklärenden Texten, ergänzt durch Ton- oder Filmaufzeichnungen der Gespräche. Die Sinne des Betrachters werden so auf die verschiedensten Arten angeregt.

Als zweite Ebene wirken die persönlichen Lebensgeschichten der Teilnehmer. Sie sollen als großformatiges Buch oder Album präsentiert werden. In diesem Buch werden Text und Bild (Fotografien und Zeichnungen) miteinander kombiniert. Die einzelnen Teilnehmer werden vorgestellt und die gesammelten Geschichten chronologisch dargestellt. So wird auf behutsame Weise eine persönliche und emotionale Verbindung zum Leben der Teilnehmer geschaffen. Der Betrachter selbst bestimmt, wie und wieviel er miterleben und erfahren möchte.

Die Bücher, welche die jeweilige persönliche Geschichte dokumentieren, erhalten die Teilnehmer nach Ausstellungsende als Andenken.

## 100 Jahre Frauenwahlrecht: Suffragette – Taten statt Worte

Anläßlich des 100-jährigen Jubiläums des Frauenwahlrechts in Deutschland zeigt der Verein Kulturhaus Heidekrug 2.0 am 16. November um 19.30 Uhr den Film »Suffragette – Taten statt Worte« (Großbritannien 2015, 106 Minuten, FSK 12). Eintritt 6 Euro.

Sie wollten wählen – und wurden verlacht: Fast 80 Jahre lang forderten britische Frauen mit friedlichen Mitteln das Wahlrecht, ohne Erfolg. Anfang des 20. Jahrhunderts radikalisierten sie sich, auch unter Einsatz ihres Lebens. Das spannende Period Piece setzt der in Kulturhaus Heidekrug 2.0 e.V. · Brunoldstr. 1 · 16247 Joachimsthal · Web www.heidekrug.org

Geschichtsbüchern immer noch ausgeblenden Suffragetten-Bewegung ein würdiges filmisches Denkmal. Nicht zuletzt durch die oscarreife Leistung von Carey Mulligan trifft das aufwühlende Historiendrama auch heute den Nerv der Zeit.

GISBERT AMM



# Radwegegutachten liegt nicht vor Oderberg in neuem Licht



Fahrradfahrer fahren sicherer, seit es die Radstreifen gibt – sagt der Gutachter-Professor des Landesstraßenbetriebs. Unfälle mit Radfahrern seien seitdem nicht mehr vorgekommen. Um zu erfahren, daß Unfälle mit Personenschaden insgesamt häufiger wurden, brauchte man freilich einen Taschenrechner, weil der Professor in professioneller Weise verschiedene Zeiträume miteinander vergleicht.

Foto: Jürgen Gramzow

**Die Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen in der Stadtverordnetenversammlung Karen Oehler hat das aktuelle Amtsblatt der Stadt Eberswalde (Nr. 10 vom 24. Oktober 2018) genutzt, um mit der Bürgerinitiative »Radwege in Eberswalde« zu kommunizieren. Leider nutzte sie ein Medium, mit dem nur eine einseitige Kommunikation möglich ist. Wir als Bürgerinitiative haben keine Möglichkeit, im Amtsblatt zu antworten. Daher wollen wir dies mit diesem Offenen Brief tun.**

Die Feststellung der Fraktionsvorsitzenden, es hätten keine Vertreter unserer Bürgerinitiative (BI), die sie übrigens mit falschem Namen benennt, an der Oktobersitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt (ABPU) teilgenommen, verwundert ein wenig. Kennt sie wirklich alle unsere Mitglieder, Unterstützerinnen und Unterstützer? Es sind mehr als 4000. Aber das nur nebenbei.

Ihr entstehe dadurch der Eindruck, erklärt sie, unsere BI wäre »zu einem fachlichen Austausch nicht bereit«. Bei uns entsteht der Eindruck, daß sie darüber nur sehr oberflächlich nachgedacht hat. Sonst hätte sie erkennen können, daß ein fachlicher Austausch in der erwähnten Sitzung des ABPU schon aus rein formalen Gründen nicht möglich war. Die Vorstellung des Sicherheitsaudits zur Heegermühler Straße erfolgte im Tagesordnungspunkt »Informationen aus der Stadtverwaltung«. Dort haben Einwohner kein Rederecht.

Wir wollen uns durchaus fachlich und sachlich mit dem Sicherheitsaudit auseinandersetzen, mußten aber von der Baudezernentin Anne Fellner erfahren, daß das Gutachten in der Stadtverwaltung gar nicht vorliegt.

Zu bemerken wäre noch, daß auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in die böse Falle der Präsentation des Professors Herbert Staadt geriet und 10.000 Kfz und 400 bis 500 Radfahrer nennt, die in beiden Richtungen unterwegs sein sollen. Den Zusatz, daß die 10.000 Kfz nur für eine Richtung gelten, hat sie wie schon andere vorher übersehen.

Nur – die Fraktion hätte es besser wissen müssen. Professor Staadt berief sich auf die Verkehrszählung der Stadtverwaltung, die im Dezember 2017 im ABPU vorgestellt wurde. Dort wurden im Durchschnitt pro Tag 20.000 Fahrzeuge und etwa 400 Radfahrer genannt (vgl. »Verkehrszählungen« in BBP 1/2018, S. 4). Das Ganze macht im übrigen die Präsentation

und die zugrundeliegende Studie sowie die dort gezogenen Schlußfolgerungen insgesamt fragwürdig.

Wir wollen allerdings einer gründlichen Auseinandersetzung mit dem Gutachten nicht vorgreifen. Wir haben inzwischen das Landesstraßenamt gebeten, uns eine Kopie des Gutachtens zu übermitteln. Wie wir inzwischen von der Baudezernentin Anne Fellner erfahren haben, hat auch sie um die Zusendung der Endfassung des Audits gebeten. Sie geht davon aus, daß wir bald darüber verfügen werden.

Mit dem weiteren Verlauf hat das nichts zu tun. Denn die Weichen sind durch unser Bürgerbegehren gestellt. Damit liegt es auch nicht mehr in der Entscheidungshoheit der Stadtverordnetenversammlung. Über das Ja oder Nein zur Wiederherstellung der Verkehrsführung in der Heegermühler Straße werden die Eberswalderinnen und Eberswalder in einem Bürgerentscheid beschließen.

**GERD MARKMANN und DR. ULRICH POFAHL, BI »Radwege in Eberswalde«**

Bemerkung: Seitens des Landesstraßenamts gab es bis zum Redaktionsschluß noch keine Rückantwort. Eine Nachfrage der BI ist inzwischen unterwegs. Wie zu erfahren war, hat die bündnisgrüne Fraktionsvorsitzende Karen Oehler auf den Offenen Brief der BI geantwortet. Sie erklärte, daß sie für Vertreter der BI auf der ABPU-Sitzung das Rederecht beantragt hätte. »Ich glaube nämlich, daß gegensätzlichen Meinungen nur durch einen direkten Austausch der unterschiedlichen Argumente durch Dritte (also hier auch Mitglieder des ABPU) bewertet werden können... Ich bin, so möchte ich Ihnen ausdrücklich sagen, an einem objektiven Abwägungsprozeß interessiert. Objektiv heißt in dem Fall aber auch, daß die unterschiedlichen Positionen mit FÜR und WIDER klar und deutlich besprochen werden müssen - und wenn sich daraus eine Entscheidung für die eine oder andere Position herauskristallisiert, dann heißt das für mich, daß ich die eventuell andere Meinung auch akzeptiere.«

Ende September haben Britz-Chorin-Oderbergs Amtsdirektor Jörg Matthes, Christian Mehnert, Geschäftsführer der Kreiswerke Barnim GmbH und Martina Hähnel, Bürgermeisterin der Stadt Oderberg im Oderberger Sportlerheim einen Vertrag zur Betriebsführung der Straßenbeleuchtung in Oderberg unterzeichnet. Damit überträgt das Amt, gemäß Beschluß der Oderberger Gemeindevertreter vom Februar 2018, die Verantwortung für Wartung, Instandhaltung und Modernisierung der Straßenbeleuchtung an die jüngste Tochter des Landkreises.

»Die Beleuchtungssituation in Oderberg ist seit längerem unbefriedigend und mit den Kreiswerken haben wir ein haushaltsschonendes Modell für die Erneuerung und Ertüchtigung der Straßenlampen erarbeitet«, freut sich Jörg Matthes.

Innerhalb der Kreiswerke-Struktur übernimmt die Barnimer Energiebeteiligungsgesellschaft mbH die operative Umsetzung. »Wir werden in Oderberg ca. 400 Lichtpunkte modernisieren und beginnen noch im November dieses Jahres mit dem besonders sanierungsbedürftigen Bereich Friedenshain«, erläutert Mehnert die nächsten Schritte. Eine Sanierung der Straßenbeleuchtung in der Stadt Oderberg ist aufgrund des überwiegend veralteten und technisch schlechten Zustandes großer Anlagenbereiche unbedingt erforderlich. 25% der Lichtpunkte sind defekt. Teilweise sind Wohnbereiche aufgrund fehlender oder standsicherheitsbedingt zurückgebauter Lichtpunkte nicht ausgeleuchtet.

Der Contracting-Vertrag ist auf eine Dauer von 30 Jahren angelegt, entsprechend des Refinanzierungszeitraumes. In Abhängigkeit der finanziellen Situation der Stadt Oderberg ist auch eine vorzeitige Ablösung des Vertrages möglich. Nach der Gemeinde Breydin, mit der im Juni dieses Jahres ein Betriebsführungsvertrag geschlossen werden konnte, können die Kreiswerke ihr Engagement im Bereich der kommunalen Beleuchtung erweitern.

INA BASSIN

## Museum und Kleine Galerie: Kartoffelkunst

»Was brauchen wir Kunst, wir brauchen Kartoffeln« – das ist der Titel der neuen und letzten Ausstellung von Renata Stih & Frieder Schnock in der Kleinen Galerie im Sparkassengebäude Michaelisstraße, wo demnächst ein grundlegender Umbau beginnt.

Die 298. Ausstellung öffnet am 14. November um 19 Uhr mit einleitenden Worten von Prof. Renata Stih, einer Performance des Eberswalder Kanaltheaters und begleitender Musik des Ensembles »Grata«.

Der zweite Ausstellungsteil findet sich im Museum Eberswalde (Steinstr. 3). Das abschließende Galeriegespräch mit den Künstlern findet am 10. Dezember um 17 Uhr statt.

## Progressive Muskelentspannung

Die *Progressive Muskelentspannung* (PME) wurde von 1908 bis 1929 von Dr. EDMUND JACOBSON entwickelt. Es handelt sich um ein Entspannungsverfahren, bei dem durch die willentliche und bewußte Anspannung bzw. Entspannung bestimmter Muskelgruppen ein *Zustand tiefer Entspannung des ganzen Körpers erreicht wird*. Es gelang Dr. Jacobson nachzuweisen, daß sich Streß, psychische oder auch körperliche Krankheiten bei jedem Menschen in *Muskelverspannungen* bemerkbar machen. Dr. Jacobson erkannte, daß Entspannung und Anspannung niemals gleichzeitig vorkommen können. Durch die Verminderung der Muskelanspannung wird die Aktivität des zentralen Nervensystems herabgesetzt und dadurch kommt es zur Entspannung. So können Sie in relativ kurzer Zeit tiefe und wohltuende Entspannungszustände erreichen. Die PME ist ein Instrument der allgemeinen Gesundheitsvorsorge. Auch Ängste, wie z.B. die Flugangst, Höhenangst oder die Prüfungsangst können so behandelt werden, ebenso Phobien, wie z.B. die Klaustrophobie, also die Angst vor engen Räumen.

Am Anfang werden *sechzehn verschiedene Muskelgruppen* des Körpers jeweils einzeln für einige Sekunden angespannt und danach sofort entspannt. Bereits bei der ersten Sitzung werden Sie den Unterschied zwischen Anspannung und tiefer Entspannung spüren. Nach einiger Zeit des Übens sind Sie in der Lage, die gleiche Entspannungstiefe mit einem *vereinfachten Verfahren* zu erzielen. Dazu reduzieren Sie die PME auf sieben Muskelgruppen, später dann auf vier Muskelgruppen. Wenn Sie diese Kurzversion gut beherrschen, dann können Sie mit der *Ein-Schritt-Entspannung*, durch die Worte: *»Ich bin entspannt«* dieselbe Entspannungstiefe hervorrufen.

Entspannung ist für uns alle deshalb so wichtig, da wir durch unsere heutige Lebensweise mit Reizüberflutung, Termindruck, andauerndem innerlichen Angespanntsein belastet sind. Dies führt oftmals zu einer *allgemeinen und emotionalen Überlastung* sowohl im privaten als auch im beruflichen Bereich. Hier setzt die PME an, die es dem Einzelnen ermöglicht, mit den Streßfaktoren im persönlichen Umfeld besser umgehen zu können. So kann die bestehende emotionale und körperliche Dauerbelastung abgebaut werden.

*Voraussetzung* für das Erlernen der Progressiven Muskelentspannung ist *wiederholtes Üben*, am besten täglich. Oftmals wird die Progressive Muskelentspannung in Gruppen angeboten. Wenn Sie flexibel bleiben möchten, dann können Sie die Progressive Muskelentspannung auch einzeln bei einem zertifizierten Seminarleiter, z.B. einem *Heilpraktiker für Psychotherapie* buchen. Gönnen Sie sich einige Übungsstunden, Sie werden sicherlich davon profitieren.

FALK HINNEBERG (falk.hinneberg@gmx.net)

## Grüne Infrastruktur

**Der Wegfall des Status »Sanierungsgebiet« für weite Teile der Eberswalder Innenstadt ist Herausforderung und Chance gleichermaßen. Mit dieser Situation eröffnet sich insbesondere die Gelegenheit, ohne formale Vorgaben über die zukünftige Ausrichtung und Funktion des Sanierungsbeirates nachzudenken.**

Vor diesem Hintergrund haben die Mitglieder des Sanierungsbeirates (SBR) eine Konzeption für die zukünftige Arbeit des Gremiums entwickelt. Das Ziel ist, den Sanierungsbeirat als offene Diskussionsplattform für verschiedene Themen der Stadtentwicklung in Eberswalde zu etablieren, um gemeinsam mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern einen neuen und intensiveren Dialog zum Thema *»Stadtentwicklung«* zu initiieren und zu begleiten. Dabei sollen ganz bewußt (städte-)bauliche, kulturelle, soziale, ökonomische und ökologische Fragen integriert betrachtet und diskutiert werden. Die bereits in der Stadt vorhandenen thematisch-relevanten Initiativen sollen dabei aktiv eingebunden werden.

Beim zweiten thematischen Forum am 29. August ging es um das Thema *»Grüne Infrastruktur«*. An der Veranstaltung nahmen zwölf Bürgerinnen und Bürger teil.

MANJA WOITUNIK, Landschaftsarchitektin, stellte den Begriff *»Grüne Infrastruktur«* vor und erklärt ihn in Analogie zur grauen Infrastruktur. Sie betont die Bedeutung der Stadtgrün für den Menschen, aber auch für die Ökologie der Stadt. Deutlich wurde, daß bei der integrierten Betrachtung der Grünen Infrastruktur der Mensch mit seinen Bedürfnissen im Mittelpunkt steht, jedoch genauso die ökologischen Themen Nachhaltigkeit und Klimawandelanpassung, sowie wirtschaftliche Faktoren eine wichtige Rolle spielen. Straßenbäume haben eine elementare Bedeutung für eine klimaresiliente Stadt, da sie Schatten spenden und durch ihre Verdunstung einen Abkühlungseffekt bewirken.

Die Förderung von Gesundheit und Lebensqualität, aber auch die Stärkung des sozialen Zusammenhalts können durch Entwicklung von Freiflächen befördert werden. Grüne Baukultur, die sich z.B. in stadtbildprägenden Freianlagen darstellt, genießt eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung. Deren Wert muß mit dau-

erhafter und guter Pflege und Unterhaltung gesichert werden.

Die anschließende Diskussion verdeutlichte, daß die *»Grüne Infrastruktur«* mehr ist, als nur eine wichtige funktionale Ergänzung der *»Grauen Infrastruktur«*. Neben wichtigen Funktionen für das Stadtklima, zur Erholung und zur Anbindung der verschiedenen urbanen Teilräume und Stadtteile sind die grünen Orte auch wichtig für die Identifikation des Einzelnen mit der Stadt. Vielfach wurde betont, daß die jeweiligen Lieblingssorte bereits seit Kindheitstagen von Bedeutung sind. Die damit verbundenen Erinnerungen an diese Orte sind wichtig für die Verbundenheit mit der Stadt.

Ebenfalls von Bedeutung erscheint, daß qualitativ hochwertig gestaltete Grünanlagen und Freiflächen durchaus auch wahrgenommen werden. Offenbar bietet diese Situation die Möglichkeit, Politik- und Verwaltungshandeln öffentlichkeitswirksam, erfolgreich und mit einem *»return on investment«* umzusetzen.

Großen Wert legen die Teilnehmer auf ein qualitativ hochwertiges Straßengrün, das vielfältig, attraktiv und von Nutzwert für die Bürger sein (auch Obstbäume und -sträucher) sollte. Die Pflege und Unterhaltung obliegt durchaus auch den Bürgern, hier sollten mehr bürgerschaftliches Engagement z.B. über Pflegepatenschaften angeregt werden.

Wettbewerbe können ein gutes Instrument sein, um positive Beispiele von Dachgärten, Fassadengrün oder gut gestalteten Vorgärten zu würdigen und zur Nachahmung anzuregen. Der Erhalt grüner Innenhöfe und die Entseiegelung von Innenhöfen (Gärten statt Parkplätze) ist ein wichtiges Anliegen, um das Netz hochwertiger Grünflächen im Stadtgebiet trotz Verdichtung durch Wohnflächen zu erhalten.

Aber auch als Alleinstellungsmerkmal und lokaler Identifikationsgegenstand scheinen die grünen Lieblingssorte von Relevanz zu sein. So ist beispielsweise die Tatsache, daß es nur zwei Forstbotanische Gärten in Deutschland gibt, offenbar durchaus geeignet, sich auf positive Weise mit der Stadt Eberswalde zu identifizieren. Die Fülle der genannten Orte und deren objektive Besonderheit (Finowkanal, Forstbotanischer Garten, Hertha Quelle u.a.) sollten in der Darstellung der Stadt Eberswalde nach außen noch stärker betont werden. Dafür sind natürlich die Pflege und der Erhalt dieser Ort durch die Stadt von Bedeutung.

Das Motiv *»Waldstadt«* bietet somit mit Blick auf das Stadtmarketing und den überregionalen Wettbewerb noch viele ungenutzte Potentiale. Die nächste Veranstaltung des Sanierungsbeirates gibt es am 29. November zum Thema *»Mobilität«*.

Prof. Dr. JÜRGEN PETERS

### Jahresabschluß

Liebe »ROT-FUCHS«-Leserinnen und -Leser, am Freitag, den 14. Dezember steht uns von 14.30 bis 18.30 Uhr das Café im Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio Puschkinstraße 13 zur Verfügung. Bringt bitte gute Laune mit und einen Fünfer. Es wird aber nicht nur gegessen und getrunken. Laßt euch überraschen. Ihr seid herzlich eingeladen.

Im kommenden Jahr geht es wie gewohnt weiter. Jeden 1. Montag im Monat laden wir von 16 bis 18 Uhr zum Meinungsaustausch in das Bürgerbildungszentrum (Beratungsraum 2.25) ein.

RotFuchs-Förderverein e.V.  
Regionalgruppe Eberswalde/Umgebung

# Hände weg von dieser Allee! Über den Wald

**Wir erinnern uns: Vor 12 Jahren war es ein harter Kampf, den zahlreiche Mitstreiterinnen und Mitstreiter geführt haben, um die über hundert Jahre alte Spitzahornallee von Rüdnitz nach Danewitz mit mehr als 720 Bäumen vor der Rodung zu bewahren und einer unsinnigen Straßenverbreiterung Einhalt zu gebieten. Zudem eine unglaubliche Öffentlichkeitsarbeit von weit mehr als 226 regionalen und überregionalen Presseartikeln über diesen Alleenstreit.**



Allee Rüdnitz-Danewitz im Oktober 2018.

Der vom Landkreis Barnim eingesetzte, landläufig als »Gefälligkeitsgutachter« bezeichnete Rosenforscher Prof. Volker Rudolph aus Panketal hatte im Vorfeld der Allee eine Lebensdauer von maximal 10 Jahren bescheinigt und damit der Kreisverwaltung Barnim einen Persilschein überreicht, mit der sie die Allee zur Fällung freigeben konnte.

Schlußendlich wurden die Prozesse der Grünen Liga und des BUND gegen den Landkreis Barnim in zwei gerichtlichen Instanzen (Verwaltungsgericht und Oberverwaltungsgericht) gewonnen – und die Allee steht immer noch!

Wie man auf dem Bild sieht, befinden sich die meisten Bäume – anders als von Rudolph prognostiziert – weiterhin in einem hervorragenden Vitalitätszustand!

Nun wurde die Allee Rüdnitz-Danewitz vom BUND als bundesweit schönste Allee des Jahres 2018 ausgezeichnet. Und sie ist sogar Bestandteil des im Herbst 2019 in die Kinos kommenden deutschen Historienspielfilms »Traumfabrik« geworden!

Die Forderung der Naturschützer von 2006 besteht nach wie vor: Eine Verbreiterung der Dorfverbindungsstraße ist bei der geringen Verkehrsbelastung nicht notwendig, jedoch benötigt die Fahrbahnoberfläche eine gründliche

Sanierung. Seit seiner gerichtlichen Niederlage hat sich der Landkreis Barnim um die Danewitzer Straße kaum gekümmert. Notdürftig wurden Schlaglöcher ausgebessert und die Ausfälle alter Bäume nicht durch Anpflanzungen junger ersetzt. Die Anwohner der Dörfer Rüdnitz und Danewitz wurden im Stich gelassen.

Hätte man die Alleebäume gefällt und die Danewitzer Straße verbreitert, so wäre sie zur Rennstrecke verkommen. Dies sollten sich jene Anwohner vor Augen halten, die immer noch der Nichtrealisierung einer schönen, neuen und breiten Straße nachtrauern!

Seit einigen Monaten braut sich jedoch Unheil zusammen, spekuliert der Landkreis Barnim doch wieder auf Fördermittel, um die alten rückwärtsgewandten Ausbaupläne samt Alleerodung nun endlich in die Tat umzusetzen. Vor diesem Hintergrund möchte ich Herrn Baaske, amtierender Leiter des Sachgebietes Naturschutz, warnen: Hände weg von dieser Allee! Sehen Sie zu, daß die Mitarbeiter der Kreisverwaltung Kompetenzen bei der Akquirierung von (EU-)Fördermitteln erlangen, um eine Ko-Finanzierung für die ökologische Sanierung der Danewitzer Straße und den Erhalt dieses wertvollen Landschaftselementes zu erhalten.

Dr. ANDREAS STEINER

## Schneller mit der Bahn

**Eberswalde (bbp).** Die Bahnstrecke zwischen Berlin und Stralsund soll bis 2030 ausgebaut werden. Dabei gehe es darum, Streckengeschwindigkeiten von 160 km/h zu ermöglichen, heißt es in einer Pressemitteilung des SPD-Bundestagsabgeordneten Stefan Zierke. Von der deutlichen Fahrzeitverkürzung profitieren auch die Pendler in der Uckermark und im

Barnim, die vor allem auf den RE 3 angewiesen sind. Die Strecke, erläutert Zierke, sei seit längerem an ihre Kapazitätsgrenze gelangt. Die höhere Streckengeschwindigkeit sei daher auch wichtig, um das Ziel eines 30 Minuten-takts zu erreichen. Die Gesamtkosten der Ausbaustrecke Berlin - Stralsund belaufen sich auf 795 Millionen Euro.

Was schreibt Emil Adolf Roßmäßler vor fast 200 Jahren über den Wald: »Alle Forstakademien der Welt zusammen können auf eine der zahllosen kahlen Sierren Spaniens keinen Wald schulmeister. Von mancher dieser Sierren haben nicht eben alte Leute erzählt, daß sie dieselben noch bewaldet kannten. Der unselige Minenschwindel, die Sucht der höheren Klassen der Spanier, ohne Arbeit reich zu werden, hat z.B. in kurzer Zeit die Sierra de Cartagena kahl geschoren. Ich habe sie gesehen und im April die glühende Hitze empfunden, welche die kahlen Höhen ausstrahlten. Dort ist ein Tropfen Wasser Goldes wert. Die Behandlung der Waldungen schließt eine furchtbare Verantwortung in sich. Sie kann zum allergrößten Verbrechen an den kommenden Geschlechtern werden; denn sie kann diesen das Leben unmöglich machen.« (Die Natur, 1853, Seite 272)

»...Abhängiger von menschlichen Eingriffen sind die nordwärts fließenden deutschen Flüsse zweiter und dritter Ordnung, z.B. Elbe, Weser und Oder und deren noch kleinere Zuflüsse. Sie hängen mit tausend feinen Quellenfäden am Gedeihen unserer Bergwälder. Man muß oft weit und in Hunderte von kleinen bewaldeten Gebirgsschluchten zurückgehen, um diese Abhängigkeit ganz zu würdigen. Man vergißt dies gar leicht, was der sprichwörtlichen deutschen Gründlichkeit nicht widerfahren sollte.« (Das Wasser, Seite 105, 1853)

Zitiert aus »Das Roßmäßler-Büchlein«, von Karl Friedel und Reimar Gilsenbach, Berlin 1956, Herausgegeben vom Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands.

Siehe auch die Abholzungen in der Schorheide, in Sibirien, der Taiga, in Alaska, in Südamerika, Amazonasgebiet, Equador, Urwälder in Südostasien, usw. usw.

Ein Denkanstoß. Mal was Neues.

Dr. WALTRAUD VOIGT

## »Mehr als Bahnhof...«

**Biesenthal (bbp).** Die am 4. November im Kulturbahnhof Biesenthal eröffnete Ausstellung »Mehr als Bahnhof verstehen« ist dort noch bis zum 2. Dezember zu sehen. Der bündnisgrüne Landtagsabgeordnete Michael Jungclaus will mit der Ausstellung auf die mittelfristig drohende Ausdünnung des brandenburgischen Bahnnetzwerks aufmerksam machen. In den vergangenen anderthalb Jahren legte Jungclaus fünftausend Zugkilometer zurück und besuchte alle kleinen brandenburgischen Bahnhöfe mit weniger als 50 Ein- bzw. Aussteigern.

»Bislang agiert die Landesregierung nach der Vorgabe, keine Mehrbestellung ohne Kürzung an andere Stelle. Die durchaus sinnvollen Verbesserungen im Speckgürtel führen so zwangsläufig zu Einschränkungen bei den sogenannten nachfrageschwachen Bahnhöfen. Wir halten dies für falsch. Brandenburg braucht einen modernen und leistungsfähigen Nahverkehr«, erklärt Jungclaus. Kulturbahnhof Biesenthal, Bahnhofplatz 1, 16359 Biesenthal, Eintritt frei.

In Berlin wählten am Sonntag, dem 10. November, die Arbeiter in den Fabriken und die Soldaten in den Kasernen ihre Vertreter, die am späten Nachmittag im Zirkus Busch die eben errungene Macht an Eberts »Rat der Volksbeauftragten« abtraten. Die Führung der Alt-SPD hatte mit ihrer Parole »Kein Bruderkampf« und der »paritätischen« Einbeziehung der USPD die Mehrheit der Delegierten errungen. Am Abend nach der Versammlung im Zirkus Busch schloß Ebert über die geheime Telefonleitung der Reichskanzlei zum Heereshauptquartier seinen Pakt mit dem Chef der Obersten Heeresleitung in Spa, General Groener. Am 10. November verlor die Revolution ihre »Marne-Schlacht«, wie es Sebastian Haffner in seinem Buch über die Novemberrevolution nennt.<sup>3</sup>

Da begannen in Eberswalde erst die Vorbereitungen für die Aktionen des nächsten Tages. Etwa zeitgleich mit der Versammlung im Zirkus Busch, traten die örtlichen Gewerkschafts- und Parteivorstände im Restaurant »Jagdschlößchen«<sup>4</sup> zusammen. Neben dem Aufruf zur Arbeitsniederlegung und zur Kundgebung vor dem Rathaus am nächsten Tag wurden Forderungen verfaßt<sup>5</sup> und ein provisorischer Arbeiter- und Soldatenrat ins Leben gerufen. Ihm gehörten 5 Arbeiter und 5 Soldaten an. Bruno Dräger, Otto Müller, Leo Motczall, Karl Bach und Franz Heinrich vertraten die Arbeiterschaft, ergänzt durch die Soldaten Richter, Borkowski, Nelke, Sorge und Plath.<sup>6</sup>

Bald wurde die Zusammensetzung des Rates geändert und erweitert. Der hauptamtliche Gewerkschaftsfunktionär Wilhelm Ulm übernahm den Vorsitz.<sup>7</sup> Die örtliche Presse reagierte sofort auf die Veränderungen. Der »Preußische Stadt- und Landbote« hieß fortan »Märkischer Stadt- und Landbote« und bezeichnete sich fortan als »Publikationsorgan für den Eberswalder Arbeiter- und Soldatenrat«.<sup>8</sup> Und die »Eberswalder Zeitung« schrieb am 12.11.1918 von der »welthistorischen Bedeutung der Einführung der sozialistischen Republik«, die »auch in Eberswalde zur Tatsache geworden« sei.<sup>9</sup>

Augenzeugen schilderten später die Euphorie des ersten Revolutionstags in Eberswalde. Karl Engels, Arbeiter in den Ardetlwerken erzählte: »Am 11. November 1918 schaltete ich frühmorgens den Ausschaltthebel am Hauptschalter des Werkes aus. Durch diese Maßnahme wurden in der gesamten Granatendreherei die Maschinen stillgelegt. Nach dem Abschalten der Maschinen kamen die Arbeiter innerhalb weniger Minuten zusammen. Sie versammelten sich im Wohlfahrtsraum des Werkes und einer der Betriebsinhaber, Robert Ardel, schlug vor, Beschwerden über die Meister entgegenzunehmen. Nach der Versammlung gingen die Arbeiter vor das Werkstor, um zur Stadt zu marschieren.«

Otto Flügge, damals Arbeiter in der Eisenbahnhauptwerkstatt (später RAW), ergänzt: »Von den Ardetlwerken aus bewegte sich ein riesigere Demonstrationsszug in Richtung Marktplatz. Vor der Eisenbahnhauptwerkstatt sollte der De-

Vor 100 Jahren:

## Rättemacht in Eberswalde

Die Novemberrevolution im »Roten Finowtal« (Teil 2)

**Die erste Kunde vom bewaffneten Aufstand und Generalstreik in Berlin am Morgen des 9. November – überbracht vom roten Matrosen Walter Simson<sup>1</sup>. Da hatte die Revolution von Kiel aus schon alle großen Städte in Nord- und Westdeutschland ergriffen. Auch in München, Magdeburg und Leipzig kündeten rote Fahnen vom Sieg der Revolution. In Eberswalde wartete man noch ab, wie sich die Dinge in der nahen Reichshauptstadt entwickeln würde. Als der Kaiser entthront war und der SPD-Vorsitzende Friedrich Ebert, der noch am 5. Oktober 1918 den Eintritt in die kaiserliche Regierung als »Geburtsstunde der Demokratie« gefeiert hatte<sup>2</sup>, der neue Reichskanzler war, schritt man auch in Eberswalde zur Tat.**

*monstrationszug halten und die Arbeiter der Werkstätten aufnehmen. Wir hatten alles vorbereitet. Ich persönlich rampte noch im letzten Moment in die Schmiede, schaltete die Maschinen aus und rief: 'Es ist soweit, wir demonstrieren!' In der Lokabteilung, der Dreherei und in den verschiedensten Spezialeinheiten legten die Arbeiter sofort ihre Arbeit nieder, um an der Demonstration teilzunehmen und sich zur sozialistischen Republik zu bekennen. In der Sattlerei und in der Wagenabteilung war unser Einfluß noch nicht so groß. Hier standen besonders reaktionäre Beamte an der Spitze der Abteilungen. Trotzdem aber schafften wir es, überzeugten die Kollegen von ihrem falschen Verhalten und zwangen die reaktionären Beamten, an der Demonstration teilzunehmen. Der damalige Werkleiter, Geheimrat Krause ... wurde von den Arbeitern aus dem Büro geholt, förmlich an die Spitze unseres Demonstrationsszuges gestellt...«<sup>10</sup>*

Die Werkstätigen hatten im November 1918 im Finowtal die reale Macht in ihren Händen. Der Fabrikbesitzer und Kriegsgewinnler Robert Ardel wurde wie der Geheimrat Krause gezwungen, an der Spitze des Demonstrationsszuges mitzumarschieren.<sup>11</sup>

Bereits am 13. November verhandelte der Eberswalder Arbeiter- und Soldatenrat mit den Großindustriellen, um die Einführung des Achtstundentages zu erreichen. Sie hatten leichtes Spiel. Als der Rat am 18. November davon erfuhr, daß in der 7,5-cm-Presserei der Ardetlwerke auch eine Woche nach Kriegsende immer noch Granaten gedreht wurden, als sei nichts geschehen, sorgte er sofort für die Einstellung der Rüstungsproduktion in den Ardetlwerken.<sup>12</sup>

Die Eigentumsverhältnisse wurden indes nicht angetastet. Der Direktor der Messingwerke Hirsch lobte am 14.11.1918 im Märkischen Stadt- und Landboten: »Wenn man früher mit den Vertretern der Organisationen der Arbeiterschaft verhandelte, dies meist im Zeichen des Kampfes geschah. Heute ist die Situation eine andere: Die Organisation regiert heute und übernimmt damit auch einen Teil der Verantwortung. Die Hauptsache ist ein dauerndes gutes Arbeitsverhältnis, um die Konkurrenzfähigkeit der Industrie zu erhalten.«<sup>13</sup> Die »Sozialpartnerschaft« war geboren.

In diesem Geiste tagte auch am Abend des 11. November der Eberswalder Arbeiter- und Soldatenrat im Stadtverordnetensitzungssaal.

In einem zeitgenössischen Bericht heißt es: »Es waren vertreten sämtliche Mitglieder, Delegierte der Arbeiterausschüsse aus fast allen industriellen Betrieben. Mitglieder der verschiedensten städtischerseits eingesetzten Kommissionen und Vertreter der Beamten des Magistrats. Gewerkschaftsbeamter Ulm leitete die Versammlung. Einleitend gab er seine Freude über das zahlreiche Erscheinen Ausdruck, desgleichen darüber, daß die gewaltige Kundgebung so glücklich verlaufen sei. Aufgaben von größter Bedeutung für alle Mitbürger harren des Arbeiter- und Soldatenrats: Die neue Regierung soll nach außen den Frieden schließen, nach innen die Volksernährung organisieren, das Wirtschaftsleben organisieren. Auch für unseren Ort gelte es in ersprißlicher Weise als Glied der neuen sozialen Republik zu wirken.«<sup>14</sup>

Aus der »sozialistischen Republik«, über die noch die Eberswalder Zeitung berichtet hatte, war schon am Abend des ersten Revolutionstages in Eberswalde die »soziale Republik« geworden. Diese Details nahm niemand wahr. Die Führung der Revolution in Eberswalde hatten von Beginn an die Mehrheits-Sozialdemokraten um den hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionär Wilhelm Ulm und den SPD-Funktionär Franz Heinrich inne. Die organisatorische Basis der Unabhängigen Sozialdemokraten (USPD) war geschwächt, weil viele Aktive, wie beispielsweise Philipp Zopf, noch im letzten Kriegsjahr eingezogen worden waren.

Die Parole »Kein Bruderkampf« entfaltete auch im Finowtal ihre Wirkung. Als Philipp Zopf in der zweiten Novemberhälfte nach Eberswalde zurückkam, folgte auch er der Illu-

**Bekanntmachung.**  
**Bürger und Soldaten!**  
 Vergreift euch nicht an fremdem Eigentum. Bewahrt Ruhe und Ordnung. Waffen tragen dürfen uns die vom Arbeiter- und Soldatenrat bestimmten Sicherheitsmaßnahmen.  
 Sämtliche Waffen sind unverzüglich im Militärbüro abzugeben.  
 Wer sich diesen von uns im Interesse der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erlassenen Verfügungen widersetzt, wird standesrechtlich abgeurteilt.  
 Der Arbeiter- und Soldatenrat  
 der Stadt Eberswalde.

h. Der Arbeiter- und Soldatenrat macht bekannt: Die Ver-  
schonung und Billigung von Besatzungssoldaten, unbesetzte Orte  
mehrere am Unversinnlichen geblieben die Befestigung der Wä-  
gezeit und ist bei Todesstrafe verboten. Doch eine Unvorsicht  
und Unachtsamkeit bei Ausgange der revolutionären Besatzung  
sollt nicht, bevor werden wir Sorge tragen. Und die und die  
sammelnströgen sind strengstens untersagt. Den Unvorsichtigen  
der Organe des Arbeiter- und Soldatenrates und der Sicherheits-  
bernein ist unbedingt Folge zu setzen. (Gefahrengefahren: Trüger  
einer von Arbeiter- und Soldatenrat gestempelt sein Bände an  
Nutzer Nam.)

h. Der Turnverein K., S. und Bauern-Rat wurde  
am 20. November gegründet. Die Reorganisation begann  
mit Anträgen gegen das bläuerige Geklim.

In fast allen Orten und Gemeinden nahmen Arbeiter- und Soldatenräte die Arbeit auf. So z.B. in Heegermühle (heute: Finow), Tornow und Friedrichswalde. Beispielgebend für den ländlichen Bereich war die Gründung des Arbeiter- und Bauernrates in Friedrichswalde.

Alle hier veröffentlichten Faksimile beruhen auf Kopien im Bestand des Archivs zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Roten Finowtal (AGART).

sion der »nun wieder vereinigten Partei«<sup>15</sup> Der Krieg als Hauptgrund der Parteispaltung war ja vorbei. Das Streben nach »Ruhe und Ordnung« durchzieht auch die ersten Dekrete des Eberswalder Arbeiter- und Soldatenrates. Der Eberswalder Arbeiter- und Soldatenrat stand treu zur Ebert-Regierung.

Das Eberswalder Bürger- und Kleinbürger-tum wollte »zum Wohle des Volkes« nicht abseits bleiben und bildete einen sogenannten Bürgerausschuß. Die Initiative hatte Rechtsanwalt Müller, ein Bruder des Druckereibesitzers Müller, der zugleich Verleger des »Stadt- und Landboten« war, ergriffen. Er rief bereits am 13. November im »Stadt- und Landboten« auf, den innenpolitischen Vorgängen nicht »tatenlos« gegenüber zu stehen. »Es gilt, die völlige Gleichberechtigung bei allen öffentlichen Maßnahmen zu wahren!«, schreibt er in seinem Aufruf.

Ebenfalls am 13. riefen die Bürger zu einer Bürgerversammlung auf. Tagesordnung: »Die Stellungnahme zur neuen Staatsordnung«. Zu den Unterzeichnern gehörten Robert Ardel, Meta von Knobelsdorff-Brenkenhoff, Geheimrat Hirschberg, Rektor Dobers, Oberförster Möller, Dipl.Ing. Möller, Schimansky, Schreihage u.a.<sup>16</sup>

Die Bürgerversammlung vom 15. November verlief turbulent. Die vom Justizrat Ludwig Sandberg eröffnete und eingeleitete Versammlung wurde schon bald von Gewerkschaftssekretär Wilhelm Ulm unterbrochen mit der Aufforderung an Sandberg, die Versammlung doch demokratisch zu leiten. Ansonsten würde man ihn dazu zwingen. Als sich der Redner gar zu der Bemerkung verstieg, die Revolution sei »wie ein Dieb über Nacht gekommen«, brodelte es im Saal bei den Arbeitervertretern. Als die Hohenzollern in Mißkredit kamen, muckten die Deutsch-Nationalen auf. Eine Saalschlacht

drohte. Dazu kam es aber nicht. Oberbürgermeister Hopf brachte eine sehr allgemeingehaltene 9-Punkte-Resolution ein, die nach längeren Disputen angenommen wurde.<sup>17</sup>

Der provisorische Arbeiter- und Soldatenrat setzte schon nach einer Woche Wahlen an. Unterzeichnet ist der Wahlauftrag von Ulm, Bacher, Koch, Schönfeld, Müller, Kasner, Dräger, Husewald, Lorenz, Rauhut, Tempelhof. Am 18. November wählten die Arbeiter und am 20. November die Beamten (bzw. Angestellten). Die SPD erreichte 45 Sitze, die USPD 32 und die Angestellten 33 Sitze im Arbeiter- und Soldatenrat<sup>18</sup>, der bis zum September 1919 bestand<sup>19</sup>.

Am 20. und 21. November 1918 tagte der Vollrat im Jagdschloßchen. »Die Aufgabe des Rates besteht darin«, heißt es im Protokoll, »die in der Revolution erlangten Rechte im Interesse der Arbeiterschaft zu sichern und an ihrer Fortentwicklung zu arbeiten.«<sup>20</sup> Auf dieser Sitzung wurden die einzelnen Ausschüsse gewählt. Der Vollzugsausschuß, Lebensmittelausschuß, der Überwachungsausschuß für die städtischen Einrichtungen und der Ausschuß für das Standgericht. Über den letzten Ausschuß entspann sich eine heftige Diskussion.<sup>21</sup> Der Arbeiter- und Soldatenrat entfaltete in den nächsten Wochen eine rege Tätigkeit, um die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen.

GERD MARKMANN

Quellen:

1 – DIETER KEMPFERT: Der November 1918 – ein denkwürdiges Kapitel deutscher Geschichte. Teil 2: Die Revolution im Roten Finowtal. In: Barnimer Bürgerpost 12/1998  
2 – SEBASTIAN HAFFNER: Der Verrat. 1918/1919 – als Deutschland wurde, wie es ist. Verlag 1900 Berlin 1993 (Erstveröffentlichung 1968 als Serie »Der große Verrat« im Stern)

In der Marne-Schlacht im September 1914 war der Plan des deutschen Generalstabs, Frankreich durch Umgehung der Grenzfestungen über die neutralen Länder Luxemburg und Belgien in einem schnellen Feldzug niederzuringen, gescheitert. Der Krieg dauerte noch 4 Jahre, aber die deutsche Niederlage war schon mit der Marne-Schlacht besiegelt.

- 3 – ebenda
- 4 – heute Restaurant »Alte Brauerei« (vormals »Bierakademie«) in der Eisenbahnstraße 29
- 5 – siehe Teil 1 in BBP 10/2018
- 6 – KEMPFERT 1998
- 7 – UDO und GERD MARKMANN: Vor 90 Jahren: Revolution in Eberswalde, Teil 1. In: Barnimer Bürgerpost 11/2008
- 8 – LUDWIG ARENDT: Erinnerungen. Zur Novemberrevolution 1918 in Eberswalde, Manuskript von 1953/54, Heimatmuseum Eberswalde
- 9 – WERNER SEFKOW: Zum 70. Jahrestag der Novemberrevolution und zum 70. Jahrestag der Gründung der KPD. In: Heimatkalender Eberswalde 1988
- 10 – ebenda
- 11 – KEMPFERT 1998
- 12 – MARKMANN U. & G. 2008
- 13 – SEFKOW 1988
- 14 – KEMPFERT 1998
- 15 – PHILIPP WEHR: Philipp Zopf, mein Vater. Unveröffentlichtes Manuskript vom 20.12.1953. Nachlaß Philipp Wehr, Archiv zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Roten Finowtal (AGART)
- 16 – ARENDT 1953/54
- 17 – KEMPFERT 1998
- 18 – ARENDT 1953/54
- 19 – So stand es auf der Gedenktafel am ehemaligen Tagungslokal, die Anfang der 1990er Jahre im Zuge des Umbaus zur »Bierakademie« verschwand.
- 20 – SEFKOW 1988
- 21 – Arendt 1953/54

## Rentnertraum

Neulich hatte ich einen Traum.  
Wunderschön, man glaubt es kaum.  
Der Computer spielte verrückt,  
Hat mir Merkels Lohn geschickt.

Im Gegenzug wies er an,  
Worüber sie sich freuen kann.  
Während ich Frau Merkels Segen  
Mit vollen Händen ausgegeben,  
Kratzte sie sich ihre Birne  
Zermarterte sich das Gehirn:  
„Wie kommt man mit so wenig aus.  
Das hau ich in zwei Tagen raus.“

Dadurch flog die Sache auf.  
Frau Merkel kam sofort darauf.  
Veranlaßte notwendige Schritte.  
Doch's Geld war weg, ab durch die Mitte.  
Zurückzubuchen ging nicht mehr.  
Mein Konto war ja leider leer.  
Nun hatte ich ein sattes Minus,  
Sehr viel Ärger und Verdruß.

Schon nahm das Schicksal seinen Lauf,  
Da wachte ich schweißgebadet auf.  
Gott sei Dank war's nur ein Traum!  
Schrecklich schön, man glaubt es kaum.

Wenn ich wieder einmal träume,  
Klettere ich auf höhere Bäume  
Träume von Herrn Winterkorn\*.  
Ich glaub, da hab ich mehr davon.

RAINER KROBOTH

\* Winterkorns Rente lt. Bildzeitung ca. 3.100 Euro am Tag

www.maxe-eberswalde.de

## Offene Tür am 7. Oktober



So sah es am 7. Oktober 2018 am Büro der KPD-Vorwärts und der Neuen Spartakusgruppe aus. Für jeden Bürger, der vorbei ging, ersichtlich. Die Tür stand an diesem Tag offen für Gespräche und Auskünfte. Im Rahmen der Gespräche wurde den Bürgern auch die Vorgehensweise gegen den Unrechtsstaat BRD und dessen verbrecherische Aktivitäten vermittelt.

BLÄTTERMANN, Mitglied des Führungstabes

**Wo Bomben fallen  
und Menschen schreien  
Dort können keine Kinder gedeihen  
weil wir die Kinder lieben  
Kämpfen wir für Frieden**

Die rote Oma

## Nur ein Spruch?

Er steckt wie einzementiert in vielen Hirnen: Es hat immer Kriege gegeben und es muß immer Kriege geben, sonst wird die Erde übervölkert!

Ich verstehe darunter nur, daß von Zeit zu Zeit viele Menschen abgeschlachtet werden müßten! Aber es gibt doch Verhütungsmittel, die in humaner Weise regulieren könnten.

Nur die großen Kriegsgewinne würden doch fehlen! Muß man da fragen, in welchen Interessen so etwas in die Hirne geblasen wurde und noch wird?

Mein Urgroßvater hat den Krieg 1870/71 durchgemacht, mein Vater 1914 bis 1918 und meine 3 Brüder 1939 bis 1945. Ist das die Regel, können wir uns ausrechnen, wann unsere Enkel und Urenkel an der Reihe sind.

Kapitalismus, Krise, Krieg und so immer wieder? Es ist das kapitalistische System. Das ist der einzige Grund, warum es Kriege gibt!

Wer sich nicht für Politik interessiert, will nicht wissen, was mit ihm und seiner Familie passiert.

ELISABETH MONSIEG

## Kindertheater im Heidekrug: Die drei Federn



Am Sonntag, dem 2. Dezember (1. Advent), kommen um 15 Uhr die Frauen der Theatergruppe Brodowin mit ihrer jüngsten Inszenierung »Die drei Federn« nach Joachimsthal in den Heidekrug. Der Eintritt beträgt für Kinder 4 und für Erwachsene 8 Euro.

Bereits seit mittlerweile 15 Jahren treffen sich in Brodowin theaterbegeisterte Frauen und entwickeln ihre Stücke anhand bekannter Stoffe neu, sind dabei selbst Regisseurinnen, Kostümbildnerinnen und Kulissenbauerinnen.

In der Inszenierung »Die drei Federn« dient ein Märchen der Gebrüder Grimm als lose Vorlage. Ein alter König sucht einen geeigneten Nachfolger für sein Königreich. Seine drei Söhne müssen daher unterschiedliche Aufgaben lösen, um sich als Nachfolger würdig zu erweisen. Wie es ihnen gelingt, wird spannend und lustig dargestellt.

GISBERT AMM

Kulturhaus Heidekrug 2.0 e.V. · Brunoldstr. 1 · 16247 Joachimsthal · Web [www.heidekrug.org](http://www.heidekrug.org)

## Schubert-Stiftung verleiht Preise

**Eberswalde (hnee/bbp).** Vier herausragende Abschlußarbeiten von Studierenden der Eberswalder Fachhochschule für nachhaltige Entwicklung (HNEE) erhalten am 13. November einen Preis der Johannes-Schubert-Stiftung. Die Preisträger kommen in diesem Jahr alle aus dem Fachbereich Landschaftsnutzung und Naturschutz.

Werden Moore in Brandenburg wieder vernäßt, ist das ein Beitrag zum Klimaschutz, da Kohlenstoff in ihnen gehalten werden kann. Zur Finanzierung solcher Maßnahmen gibt es Moorfuture-Zertifikate ([www.moorfutures.de](http://www.moorfutures.de)), die Unternehmen kaufen können, um den eigenen Kohlenstoffdioxid-Ausstoß zu kompensieren. Doch wieviel CO<sub>2</sub> kann durch die Vernässung tatsächlich eingespart werden? Damit beschäftigte sich SILKE WACHTEL im Rahmen ihrer Abschlußarbeit im Bachelorstudiengang Landschaftsnutzung und Naturschutz.

»Die von ihr vorgelegte Bachelorthesis widmet sich einem hoch aktuellen und komplexen Thema der Vernetzung von Geländedaten mit Berechnungen von Treibhausgasemissionen in einem diesbezüglich zertifizierten Moorgebiet«, lobt die betreuende Professorin Vera Luthardt. Die Rehewiese, das untersuchte Gelände im Landkreis Oberhavel/Stadt Liebenwalde, sei das erste Brandenburger Objekt des Verkaufs von »Moorfuture« auf dem freiwilligen Kohlenstoffmarkt und stehe demzufolge unter einem hohen Erfolgs- und Nachweisdruck. »Frau Wachtel ist es gelungen, mit ihrer entwickelten Methodik die Erfolgskontrolle für die Vernässungsmaßnahmen zu vereinfachen und transparenter digital darzustellen. Damit wurden zugleich konservative Abschätzungen des Reduktionspotentials deutlich übertroffen«, so Vera Luthardt.

Hilfreiche Erkenntnisse lieferte auch JULIAN OGRODNIK mit seiner Bachelorarbeit im gleichen Studiengang. Er beschäftigte sich mit der Renaturierungsplanung am unteren Planfließ im Naturpark Schlaubetal. Detailliert sammelte er wichtiges Datenmaterial, »das auch hydrologische Parameter, wie der realen/potentiellen Verdunstung durch die Fischeiche und der hydraulischen Wirksamkeit beim Ablassen derselben sowie der daraus folgenden Konsequenzen für die Abflusssmengen und die aquatischen Organismen beinhaltet«, heißt es in der Bewertung von Dozen-

tin Dr. Jana Chmielecki. Mit dieser Arbeit habe der HNEE-Absolvent einen wichtigen Beitrag zur Planung der Maßnahme für den Naturpark Schlaubetal geleistet.

Anknüpfungspunkte und Handlungsempfehlungen sind auch der Masterarbeit von MARRITTA WOLF, Studiengang Regionalentwicklung und Naturschutz (RuN) zu entnehmen. Sie thematisierte die Auswirkungen von künstlichem Licht auf verschiedene Fledermausarten in Berlin. Eingebunden in ein größeres Forschungsvorhaben betrachtete sie sowohl die Fledermaus(arten)vorkommen als auch Lichtquellen, -arten, und -intensitäten. Weitere Parameter wie Gehölzstrukturen und Mikroklima berücksichtigte sie ebenfalls. »Frau Wolf legt eine ambitionierte und unmittelbar praxisbezogene Arbeit zu einem aktuellen Naturschutzthema vor«, lobt Prof. Dr. Antje Stöckmann, die die Arbeit betreute.

Bis nach Griechenland zog es FABIAN SCHREIBER, der ebenfalls seinen Master in Regionalentwicklung und Naturschutz absolvierte. Er untersuchte das Vorkommen und die Bedeutung von aassfressenden Käfern in einem trockenen Landschaftsraum der Insel Kreta. Wobei er die Frage aufwarf, ob die Zusammensetzung der Aaskäferfauna durch die Standortfaktoren bedingt ist? »Mit diesem Thema betrat Herr Schreiber ökologisches und naturschutzfachliches Neuland«, sagt die Betreuerin Prof. Dr. Antje Stöckmann und fügt hinzu: »Es ist zu wünschen, daß das Thema in größerem Rahmen weitergeführt und die Erkenntnisse umgesetzt werden.«

Die Auszeichnung der Johannes-Schubert-Stiftung ist mit einem Betrag von 1000 Euro pro Arbeit verbunden. Eine Jury bestehend aus sechs Wissenschaftlern und Lehrenden der HNEE wählte die diesjährigen Preisträger aus.

### Über die Johannes-Schubert-Stiftung

Die Johannes-Schubert-Stiftung verwirklicht ihren Zweck durch die Förderung und Prämierung von wissenschaftlichen Arbeiten besonders befähigter Studierender an der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde - sowie von Bachelors und Masters of Science, die an der Hochschule wissenschaftlich tätig sind und ökologische, insbesondere meteorologische Themen bearbeiten. Sie ist die erste privatrechtliche Stiftung im Land Brandenburg, die wissenschaftliche Arbeiten von Studierenden auszeichnet. Die Preise werden jährlich zum Gedenken an Prof. Dr. Johannes Schubert (11.6.1859 - 27.9.1947) verliehen. Die erste Preisverleihung fand 1996 statt. Mehr Infos unter: [www.hnee.de/K4366](http://www.hnee.de/K4366).

### Kommunales Kino: »Freiheit«

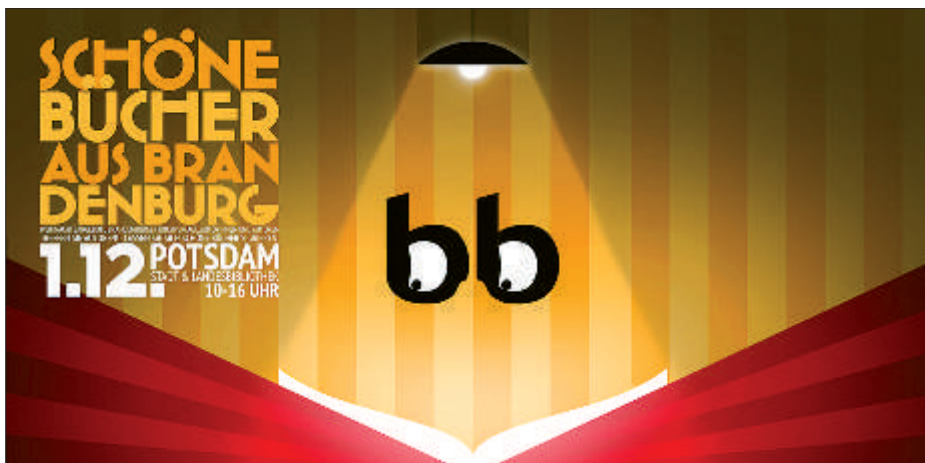
Am Freitag, den 23. November um 19.30 Uhr zeigt der Verein Kulturhaus Heidekrug 2.0 den Film »Freiheit« (Deutschland/Slowakei 2018, 102 Minuten, FSK 12).

Eines Tages geht Nora einfach zur Tür hinaus. Ohne ein Wort der Erklärung verläßt sie ihren Mann und die beiden Kinder. Während der Mann sehen muß, wie er allein mit den Kindern, der Arbeit und dem Haushalt klar kommt, sucht Nora in Wien und Bratislava ein neues Leben. Getragen wird der Film von der großartigen Johanna Wokalek als Nora.

GISBERT AMM

Kulturhaus Heidekrug 2.0 e.V. · Brunoldstr. 1 · 16247 Joachimsthal · Web [www.heidekrug.org](http://www.heidekrug.org)

# 1. Brandenburgische Buchmesse



Liebe Freundinnen und Freunde eines gepflegten Leseabends, endlich ist so weit, wovon auch Sie und Du sicher immer schon dachten oder dachtet: Das müßte es doch geben! Warum gibt es das noch nicht? Nun ist sie erfunden: Trotz allen Unkenrufens ist es gelungen, daß am 1. Dezember von 10 bis 16 Uhr fünfzehn Verlage, Autorinnen und Autoren zu einer 1. Brandenburgischen Buchmesse in der Stadt- und Landesbibliothek Potsdam zusammenkommen. Unter dem Titel »Schöne Bücher aus Brandenburg« wird im Rahmen einer Qualitäts- und keiner Massenmesse Besonderes aufgetischt werden.

Persönlich freue ich mich darauf zu sehen, was die namhaftesten und spannendsten Verlage Brandenburgs 2018 herausgebracht haben, ganz besonders auf die vielfach preisgekrönten Bücher der edition Galerie Vevais und die außergewöhnlichen Künstlerbücher brandenburgischer Künstlerinnen und Künstler. Wir werden auch einige der noch erhältlichen Künstlerbücher des zuletzt in Schiffmühle bei Bad Freienwalde ansässig gewesenem Ottfried Zielke zu sehen bekommen.

Wir möchten Sie und Dich herzlich einladen am Ersten nach Potsdam zu schlendern, um dort besonders Schönes zu treffen, kennenzulernen und vielleicht lieb zu gewinnen. Wen es danach gelüstet, der möge gern an uns seinen vorweihnachtlichen Kaufrausch austoben.

Wer mehr wissen möchte, der sei hiermit eingeladen, bei der amerikanischen Heimatschutz-Agency unter [facebook.com/brandenburgerbuecher](https://facebook.com/brandenburgerbuecher) nach noch mehr zu stöbern.

Zum Schluß möchte ich nicht versäumen, mich im Namen aller Teilnehmerinnen und Teilnehmer bei unseren Partnern für die großzügige Unterstützung der Veranstaltung zu bedanken, bei der Stadt- und Landesbibliothek Potsdam, bei der vierC print+mediafabrik aus Berlin-Lichtenberg und beim Café »Et cetera« im Bildungsforum Potsdam, das unsere Gäste mit Vorweihnachtlichem bewirten wird. Bleib bzw. bleiben Sie bitte neugierig! Das ist nur der erste Schritt auf einem Weg auf großes Neuland.

*Beste Grüße, HANSJÖRG RAFALSKI*

Papierwerken · Hans Jörg Rafalski · Waldstraße 1 · 16248 Niederfinow · Telefon: 033362/719165 · Mobil: 0172/8874441 · E-Mail: [mail@papierwerken.com](mailto:mail@papierwerken.com) · [papierwerken.com](http://papierwerken.com) · [rafalskikommunikation.com](http://rafalskikommunikation.com)

## Radwegebau im Dornröschenschlaf

50.000 Euro für Grundstücksankauf im Wert von 748 Euro

Zwischen Blumberg und Elisenu an der Landesstraße L31 soll ein Radweg entstehen (BBP 7/2018). Auf Bernauer Gebiet machte im Sommer auf Initiative von BVB/Freie Wähler ein Stadtverordnetenbeschuß den Weg frei für den notwendigen Grundstückserwerb.

In der Gemeinde Ahrensfelde waren bereits 2016 Fördermittel in Höhe von 100.000 Euro für den Radwegebau an der L31 beantragt worden. Nach Genehmigung gab es im Dezember 2017 eine Beschlußvorlage in der Gemeindevertretung. Dabei ging es nicht zuletzt um den Ankauf von zwei Grundstücken (655 m<sup>2</sup> und 280 m<sup>2</sup> zum Verkehrswert von 748 Euro).

Der Eigentümer der beiden Flächen hat einen der Gemeinde gehörenden Feldweg überpflügt und seit Jahren kostenfrei genutzt. Die Verwaltung erklärte, daß dieser Feldweg für die

Erfüllung kommunaler Aufgaben entbehrlich sei und bietet vom ehemaligen Feldweg eine Teilfläche von 2.445m<sup>2</sup> zum Tausch an. Der Eigentümer war bereit zum Grundstückstausch, einschließlich Wertausgleich.

Nun sind wir im November 2018 und die Verwaltung hat den Tauschvertrag noch nicht zu Stande gebracht. Welch ein Armutzeugnis stellt sich da der Bürgermeister samt Verwaltung aus.

Die Gemeinde ist derzeit dabei, den Haushalt 2019 aufzustellen. Den Entwurf für geplante Investitionen kann jeder Bürger einsehen. Und er wird seinen Augen kaum trauen. Dort steht, für den Ankauf von Grund und Boden für den Radweg Blumberg-Elisenu sind sage und schreibe 50.000 Euro eingestellt!

*Dr. WOLFGANG UNGER, Ahrensfelde*

## Wandertips

von BERND MÜLLER

### Die 6 düsteren Moore an den 5 Hütten

Sonntag, 18. November, 13 km

Die Strecke geht immer leicht bergab, so daß sie leicht zu gehen ist. Um die Tour zu einer Rundtour zu machen starten wir mit dem Bus ab Busbahnhof (11 Uhr) und fahren 8 Kilometer bis Wollenberg (Busfahrkarte 2,20 Euro). Hier starten wir die Wanderung auf dem Oderlandweg und passieren zuerst die barocke Kirche und die Angerhütte. Die Wanderung führt weiter zur Hubertushütte, welche bereits im Wald liegt und Lisbeth Lenz Hütte. Bei Rädikow (Mittagsrast, bitte Verpflegung und ausreichend Trinken mitnehmen) biegen wir ins beschauliche Brunntal ein. Vorbei an 6 romantischen Mooren und abwechslungsreichem Waldbestand passieren wir die Lärchenhütte, die Brunntalhütte und die Stadtwaldhütte. Die Landschaft erinnert an Mittelgebirge. Kurz vor der Fachklinik Moorbad legen wir eine Rast ein, bevor wir über Kurpromenade und Terrainweg wieder die Schloßparkambulanz erreichen. Wanderleiter Klaus Schluchter  
Treff: 10:45 Uhr, Bahnhofsvorplatz, Am Bahnhof, 16259 Bad Freienwalde (Oder)

### Die Kapelle am Brunntal

Sonntag, 25. November, 4 km

Wanderleiterin Corinna Gerber lädt interessierte Gäste ein mit ihr die Brunnenberge gemütlich zu erkunden. Am Brunnen erklärt Bernd Müller warum dies ein Wunschbrunnen ist und was unbedingt zu beachten ist um Unglücke zu vermeiden. Über den Gustav-Schüler-Weg wird die Kapelle erreicht und ein herrlicher Blick erwartet die Gäste. Auf dem Königin Luise Weg wird der Eichenhain erreicht mit dem Waldfriedhof. Hier gibt es eine interessante Sage zu einem Wurstbaum.

Weiter geht es zur Waldgaststätte Köhlerlei mit Kaffeerast. Gestärkt geht es zusammen auf den Rückweg.

Treff: 13:30 Uhr Kurmittelhaus, Gesundbrunnenstrasse 33, 16259 Bad Freienwalde

### 15. Weihnachtswanderung zu Lug ins Land, Wasserfall und Froschmaul

Mittwoch, 26. Dezember, 2. Weihnachtsfeiertag

Die Wanderung führt uns bereits im 15. Jahrgang durch den Cöthener Urwald über die Berge zu Froschmaul und Lug ins Land. An der Park-Hütte im Park Carl von Jena Kaffeerast geplant. Rückweg zum Mon Choix. Wandergeschwindigkeit 3km/h. Ca. 2,5 Stunden. Wanderleiter Wolfgang Bülow/Organisation Bernd Müller.

Treff: 13:30 Uhr Waldgaststätte Mon Choix, Cöthener Weg 4, 16259 Falkenberg

Anmeldung unter 03344/3002881 oder [wandermueller@aol.com](mailto:wandermueller@aol.com). Wenn nicht anders angegeben, werden folgende Organisationsgebühren erhoben: Erwachsene 3 €, ermäßigt 1,50 €, Mitglieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. und Kinder mit Familienpaß Brandenburg kostenfrei.

## Pittiplatsch kommt nach Eberswalde

Eine wunderschönen Herbsttag mit viel Sonnenschein wünschen Pittiplatsch und seine Freunde und laden herzlich ein - zu einer bunten Kinder- und Familienshow mit vielen Liedern, lustigen Szenen und einem Wiedersehen mit den original Fernsehfiguren aus dem Märchenwald.

Allen voran Pittiplatsch der Lie....be.

Er kann es einfach nicht lassen, ständig hat er Albernheiten und Streiche im Kopf. Schnatterinchen und Moppi müssen sich ganz schön in acht nehmen, was sich dieser Wicht wieder einmal ausgedacht hat.

Märchenerzählerin Babette und Herr Fuchs versuchen verzweifelt ihm gutes Benehmen beizubringen. Aber Pitti hat wie immer die große Klappe.

Herr Fuchs und Frau Elster haben sich für eine Quizrunde zum Thema »Märchen« beworben. Jeder der beiden behauptet doch, besser das Buch der Gebrüder Grimm zu kennen als der andere. Hoffentlich gibt es nicht wieder Streit. Was Mischka, Mautz und Hoppel sich ausgedacht haben und welche Songs Musiker Helmut in diesem Jahr im Notenkoffer mitführt kann man dann live erleben.

Für jene die Pittiplatsch noch nicht kennen oder nur flüchtig von ihm gehört haben: Er ist ein Kobold. 1962 erblickte er in der Schneiderstube des Meister Nadelöhr das Licht der Welt. Da er aber zu vorlaut war und besorgte Pädagogen um eine Ansteckungsgefahr für ihre Kinder fürchteten, kam es schon nach der 2. Sen-



FOTOGRAFIE: MANFRED GÜSSINGER

dung zu einem Fernsehverbot. Doch die Fange-meinde war stärker und so gab es kurze Zeit später eine Wiederkehr und einen festen Sen-deplatz und das bis heute beim »Sandmänn-chen«. Tausende von Sendungen wurden pro-duziert und werden noch immer gern gesehen.

MARIO BEHNKE, Show-Expresß Könnern

**Wann: Sonntag, 18. November, 16 Uhr**  
**Wo: Stadthalle Hufeisenfabrik in Eberswalde**

Tickets: Tourist-Information im Familiengarten (03334/384910) und im Museum (03334/64520), [www.re-servix.de](http://www.re-servix.de) und allen bekannten Vorverkaufsstellen.



## Peter-Sodann-Bibliothek: Künftig Genossenschaft

PETER SODANN begann vor vielen Jahren eine Sammlung der von 1945 bis 1990 in der SBZ/DDR verlegten Literatur. Der Bestand be-trägt ca. 500.000 Bände. Standort dieser ein-zigartigen Bibliothek ist Staucha bei Riesa. Mehr als die Hälfte sind bereits online katalo-gisiert und unter der Adresse [psb.allegronet.de](http://psb.allegronet.de) zu recherchieren.

Am 17. November 2018 wird eine Genos-senschaft gegründet, die den weiteren Betrieb der Bibliothek auf nachhaltige Weise sichern will. Kontakt: Peter-Sodann-Bibliothek, Verein zur Förderung, Erhaltung und Erweiterung ei-ner Sammlung von 1945-1990 im Osten Deutschlands erschienener Literatur (Peter-Sodann-Bibliothek e.V., Th.-Müntzer-Platz 9 01594 Staucha, [www.psb-staucha.de](http://www.psb-staucha.de), Tel.: 035268/949574).

KARL DIETZ

### Angebote im »Bahnhofstreff« Finow:

Die ehrenamtliche Bibliothek hat von Montag bis Freitag geöffnet.

16.11.: Vorlesetag (Geschichtenvorleser zu Gast, mit Bücherwichtelrunde zur Kaffeezeit)

06.12.: Adventsbasar (Bücher, heiße Getränke und süße Köstlichkeiten)

»Bahnhofstreff« Finow: Tel. 03334-383586

### Rentensprechstunde

»Brandenburgische Rentnerinitiative«

Rentenempfänger können einmal im Monat Fragen zu ihren Rentenbescheiden klären. Der Arbeitskreis »Brandenburgische Rentnerinitia-tive« gibt Hilfestellung beim Lesen der Beschei-de und Formulieren von Widersprüchen.

Die nächsten Termine sind wie gewohnt am 2. Mittwoch des Monats, am 14. November und am 12. Dezember, jeweils 10 bis 12 Uhr im Ob-jekt der Volkssolidarität, Mauerstr. 17 (Richter-platz) in Eberswalde.

ANDREA HOEHNE

## Barnimer Bürgerpost

### Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)  
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 10 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle:  per Bankeinzug  per Rechnung

IBAN  BIC  Bank

Name, Vorname  Straße, Hausnummer

PLZ, Ort  Datum, 1. Unterschrift Abonent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

Datum, 2. Unterschrift Abonent/in

Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung der o.g. Angebote)

**Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde**  
(Bestellmöglichkeit per Telefon und e-mail siehe Impressum)

## impresum

**herausgeber:** Barnimer Bürgerpost e.V.

**anschrift:** Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

**telefon:** (0 33 34) 35 65 42

**e-mail:** [redaktion@barnimer-buergerpost.de](mailto:redaktion@barnimer-buergerpost.de)

**internet:** [www.barnimer-buergerpost.de](http://www.barnimer-buergerpost.de)

**redaktion:** Gerd Markmann

**druckerei:** Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

**redaktionsschluß:** 7. November 2018

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zu-sendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonne-ment 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+.  
Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 5. Dezember 2018.